

Geschäftsbericht 2012



Inhalt

I	Bericht des Kantonsrates über seine Geschäftsführung	3	III	Finanzieller Überblick	23
1.	Ratsstatistik und Allgemeines	4	1.	Das Rechnungsergebnis in Kürze	24
2.	Besondere Parlamentsrechte	5	1.1	Die grössten Abweichungen zwischen Voranschlag und Rechnung 2012	26
3.	Ratsleitung	5	1.1.1	Erfolgsrechnung	26
			1.1.2	Investitionsrechnung	26
II	Bericht des Regierungsrates über seine Geschäftsführung	7	1.2	Die grössten Abweichungen zwischen Rechnung 2011 und Rechnung 2012	27
1.	Allgemeines	8	1.2.1	Erfolgsrechnung	27
2.	Regierungsgeschäfte	8	1.2.2	Investitionsrechnung	28
3.	Anlässe/Aussprachen	13	1.3	Finanzkennzahlen 2008 – 2012	29
4.	Information der Öffentlichkeit	14	1.4	Ergebnis nach Behörden und Departementen	33
5.	Nordwestschweizer Regierungskonferenz	15	1.4.1	Erfolgsrechnung	33
6.	Rechenschaftsbericht ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit	16	1.4.2	Investitionsrechnung	38
7.	Pflege und Förderung der Unternehmenskultur	18	1.5	Globalbudgets	40
8.	Förderung der innerkantonalen und internationalen Beziehungen	18	1.6	Bruttoentnahmen aus Spezialfinanzierungen	41
9.	Tätigkeitsbericht des kantonalen Beauftragten für Information und Datenschutz	18	2.	Rahmenbedingungen	42
10.	Politische Rechte	18	3.	Die grössten Aufwandpositionen	44
			3.1	Besoldungskosten	44
			3.1.1	Pensenübersicht	46
			3.1.2	Beiträge an die Pensionskasse und die Sozialversicherungen	48
			3.2	Nettoaufwand für einzelne Schultypen	48
			3.3	Nettoverschuldung und Zinsendienst	49
			3.3.1	Nettoverschuldung	49
			3.3.2	Nettozinsaufwand	50
			3.4	Abschreibungen	50
			3.4.1	Verwaltungsvermögen	50
			3.4.2	Finanzvermögen	51
			3.5	Strassenbaufonds	52
			3.6	Gesundheitskosten	53
			3.7	Soziale Sicherheit	54
			4.	Die grössten Ertragspositionen	56
			4.1	Bundesanteile	56
			4.2	Staatssteuerertrag	57
			4.2.1	Entwicklung Steuerausstand	58
			4.3	Nebensteuern	59
			IV	Bericht der Revisionsstelle	60

Editorial



Das Jahr 2012 stellt eine Zäsur in den Staatsrechnungen der letzten Jahre dar. Nach neun Jahren mit positiven Abschlüssen muss der Kanton Solothurn erstmals wieder rote Zahlen schreiben. Das Ergebnis kommt nicht überraschend, es hat sich angekündigt. Die Weichen dazu wurden vor allem ausserhalb des Kantons gestellt. Die neue Energiepolitik auf Bundesebene hatte einen direkten, negativen Einfluss auf den grössten Steuerzahler im Kanton, die Alpiq. Gesetzesänderungen (insbesondere die Revision des Krankenversicherungsgesetzes) und Kostenumverteilungen auf Bundesstufe, verminderte Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank und nicht zuletzt eine Steuersenkung bei sich abzeichnenden schwierigen Zeiten, führten zu Mehrausgaben und Mindereinnahmen.

Es liegt an uns, das Haushaltsgleichgewicht wieder herzustellen. Dank der Reserven aus den guten Abschlüssen der vergangenen Jahre können wir diese Aufgabe zielgerichtet und mit der notwendigen Sorgfalt angehen. Finanzen sind nicht Selbstzweck, aber ohne einen mittelfristig ausgeglichenen Staatshaushalt fehlt die Freiheit beim staatlichen Handeln. Wie weit dies führen kann, wird uns zurzeit durch unsere Nachbarn in Europa und durch Amerika eindrücklich vor Augen geführt.

Diese anspruchsvolle Aufgabe kann nur mit allen Beteiligten erfolgreich angegangen werden. Gefordert sind Entscheide von Regierung und Parlament, mitgetragen von den Gemeinden, der Wirtschaft und den Einwohnern. Dabei gilt es, die Leistungsträger im Kanton zu unterstützen. Gute Rahmenbedingungen helfen unseren Unternehmen, erfolgreich zu sein. Nur mit erfolgreichen Unternehmen und dem bewährten Zusammenwirken aller werden wir das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes auch wieder erreichen. Damit Solothurn ein attraktiver Wirtschafts- und Wohnkanton bleibt.

Gemeinsam wird uns dies gelingen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'E. Gassler'. The signature is fluid and cursive, with a large initial 'E' and 'G'.

Esther Gassler
Frau Landammann





Bericht des Kantonsrates
über seine Geschäftsführung



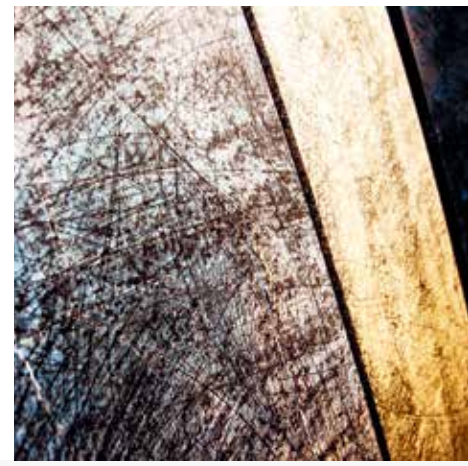
Bericht des Kantonsrates über seine Geschäftsführung

1. Ratsstatistik und Allgemeines

Der Kantonsrat wurde im Berichtsjahr von Christian Imark, SVP, Verkaufingenieur, Fehren, präsiert.

Ratsstatistik	2010	2011	2012
– KR-Sessionen	7	7	6
– Anzahl Sitzungshalbtage	19	16	19
Behandelte KR-Geschäfte	209	215	205
– Sachgeschäfte	43	48	45
– Rechtsetzende Erlasse	19	12	13
– Wahlgeschäfte	14	23	17
– Verordnungsvetos	7	4	2
– Volksinitiativen	4	2	-
– Volksaufträge	1	3	2
– Beschwerden	1	-	1
– Petitionen	1	-	1
– Parlamentarische Initiativen	-	-	1
– Aufträge	50	45	56
– Interpellationen	41	48	42
– Kleine Anfragen	14	14	11
Neu eingereichte Vorstösse	109	123	105
– Volksaufträge	1	2	3
– Planungsbeschlüsse	-	-	1
– Parlamentarische Initiativen	-	1	-
– Aufträge	46	58	49
– Interpellationen	46	49	41
– Kleine Anfragen	16	13	11
KR-Kommissionssitzungen (ohne Ausschüsse)	58	61	64
– Ratsleitung	9	9	12
– Finanzkommission	12	10	9
– Geschäftsprüfungskommission	5	6	5
– Justizkommission	10	11	9
– Bildungs- und Kulturkommission	6	7	6
– Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission	6	9	6
– Sozial- und Gesundheitskommission	9	8	6
– Redaktionskommission ¹	1	1	2
– Spezialkommission Neubau Bürgerspital Solothurn	-	-	2
– Spezialkommission Revision KRG/GRKR	-	-	7
Gesamtanzahl Sitzungsabrechnungen (inkl. Fraktions- und Ausschusssitzungen; interkantonale Gremien etc.)	241	236	245

Im Berichtsjahr waren folgende fünf Mutationen zu verzeichnen: Am 24. Januar Marcel Buck, SVP, Olten, (anstelle von Roman S. Jäggi) und Stephan Baschung, CVP, Gerlafingen, (anstelle von Konrad Imbach); am 28. August Peter Hodel, FDP, Schönenwerd, (anstelle von Christina Meier) und Mathias Stricker, SP, Bettlach, (anstelle von Markus Schneider); am 30. Oktober Johannes Brons, SVP, Schönenwerd, (anstelle von Marcel Buck).



2. Besondere Parlamentsrechte

– Einspruchsrecht des Kantonsrats (Art. 79 Abs. 3 KV)

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat im Berichtsjahr 17 Verordnungen oder Verordnungsänderungen unterbreitet; gegen zwei wurde das Veto ergriffen. Ein Veto wurde vom Kantonsrat abgelehnt, das zweite wurde vor der Beratung im Kantonsrat zurückgezogen. Von der Gerichtsverwaltungskommission bzw. vom Obergericht wurden keine Verordnungen oder Verordnungsänderungen unterbreitet.

– Stellungnahme des Kantonsrates zu Vernehmlassungen des Regierungsrats an Bundesbehörden (Art. 76 Abs. 1 Bst. h KV)

Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr der Ratsleitung 77 Vernehmlassungsvorlagen von Bundesbehörden unterbreitet. Die Ratsleitung hat in allen Fällen auf eine Mitwirkung des Kantonsrates verzichtet.

3. Ratsleitung

Die Ratsleitung hielt im Berichtsjahr 12 Sitzungen ab, an denen sie sich vorwiegend mit Fragen des Ratsbetriebes sowie des Umbaus sowie des Einsatzes von Elektronik im neuen Kantonsratssaal befasste. Wegen des Umbaus mussten zwei Sessionen ausserhalb Solothurns durchgeführt werden (Juni: Grenchen; August: Nunningen).

Im Berichtsjahr empfing die Ratsleitung das Büro des Grossen Rats des Kantons Aargau zu einem Besuch. Anlässlich der Inbetriebnahme des umgebauten Kantonsratssaals wurde ein Eröffnungszeremonie zu Beginn der Kantonsratssitzung vom 30. Oktober im Beisein von Nationalratspräsident Hansjörg Walter durchgeführt. Am 16. November fand im Kantonsratssaal ein Treffen aller Präsidentinnen und Präsidenten der kantonalen Parlamente statt; als Referent trat Roger de Weck, Generalsekretär SRG SSR, auf.





Bericht des Regierungsrates über
seine Geschäftsführung



Bericht des Regierungsrates über seine Geschäftsführung

1. Allgemeines

Der Regierungsrat wurde 2012 von Landammann Peter Gomm geleitet. 2012 wurden an 39 Sitzungen 2582 Beschlüsse gefasst.

2. Regierungsgeschäfte

Trotz Wirren auf den Weltmärkten und haushaltpolitischen Schwierigkeiten, sowohl in den Staaten der Europäischen Union, als aber auch der Vereinigten Staaten, und den damit verbundenen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft, präsentierte sich die konjunkturelle Lage im Allgemeinen als gut. Nicht zuletzt wechselkursbedingte Schwierigkeiten stellten für einige exportorientierte Branchen eine hohe Herausforderung dar, doch blieb die Beschäftigungslage insgesamt betrachtet stabil. Die Diskussion um die zukünftige Energieversorgung nach einem Ausstieg aus der Kernenergie setzte sich auch 2012 fort und wird die Behörden auch in den kommenden Jahren noch beschäftigen.

Im Zentrum der Arbeit des Regierungsrates standen die Bemühungen, der sich abzeichnenden Verschlechterung der finanziellen Ausgangslage des Staatshaushaltes zu begegnen.

Zwar konnte im Frühjahr für das Jahr 2011 mit einem operativen Ertragsüberschuss von 19,3 Mio. Franken bei Nettoinvestitionen von immerhin 133,6 Mio. Franken noch ein guter Rechnungsabschluss präsentiert werden. Nachdem von 2003 bis 2011 in einer Folge neun positive operative Resultate ausgewiesen werden konnten, verschlechterte sich die finanzpolitische Ausgangslage aber deutlich. Der Kantonsrat verabschiedete den Voranschlag für das Jahr 2012 mit einem operativen Fehlbetrag von 110,6 Mio. Franken. Zudem prognostiziert der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2013 – 2016 strukturelle Defizite von gut 150 Mio. Franken jährlich. Gründe für diese Entwicklung liegen u.a. in einer stark reduzierten Gewinnausschüttung der Schw. Nationalbank an die Kantone, der Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) mit einer zukünftigen Kostenbeteiligung an den Spitalkosten von 55 Prozent und Kostensprüngen in den Bereichen Bildung und Soziales (Ergänzungsleistungen und Pflegefinanzierung).

Im Mai stellte deshalb der Regierungsrat einen umfassenden Massnahmenkatalog vor, damit mittelfristig wieder ein ausgeglichenes operatives Ergebnis erzielt werden kann. Das vorgeschlagene Paket umfasste für den Zeitraum bis 2016 Massnahmen, mit denen jährliche Verbesserungen von 100 Mio. Franken erreicht werden sollten. Der Kantonsrat wies den Massnahmenplan teilweise zur Überarbeitung zurück und stimmte nur einigen Massnahmen zu, die sofort umgesetzt werden sollen. Insbesondere wurde der Regierungsrat beauftragt, weitere interne Prozessoptimierungen und auch den Verzicht auf die Erfüllung gewisser Staatsaufgaben zu prüfen.

2012 legte der Regierungsrat dem Kantonsrat folgende Gesetzgebungsprojekte zur Beratung vor:

- Änderung der Kantonsverfassung: Ergänzung der Unvereinbarkeiten
- Teilrevision über die Staats- und Gemeindesteuern



- Änderung von Gesundheitserlassen: Änderung von § 24 des Gesundheitsgesetzes
- Änderung der Kantonalen Bauverordnung (KBV)
- Änderung der Kantonalen Verordnung über Grundeigentümerbeiträge und -gebühren (GBV)
- Teilrevision des Sozialgesetzes – Anpassung an die Änderung vom 18. März 2011 des Bundesgesetzes über die Familienzulagen (FamZG)
- Revision des Gesetzes über die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches: neues Erwachsenenschutz-, Personen- und Kindesrecht
- Anpassung bei den Spezialverwaltungsgerichten (Steuergericht und Schätzungskommission); Änderung des Gesetzes über die Gerichtsorganisation
- Änderung des Volksschulgesetzes (Aufhebung des fakultativen 12. Schuljahres)

Im Bereich Asyl trat der erwartete Rückgang an Gesuchszahlen nicht ein, im Gegenteil: die Zuweisungen des Bundes stiegen derart, dass die Kapazitäten der kantonalen Durchgangszentren nicht mehr ausreichten. Die Suche nach geeigneten Asylunterkünften gestaltete sich als sehr schwierig. Nach einem öffentlichen Aufruf wurden rund 70 mögliche Objekte geprüft. Die Eröffnung einer Unterkunft im Truppenlager Hellchöpfli (Bezirk Thal) konnte nicht realisiert werden, da die zuständige Bürgergemeinde die Gewährung eines Wegrechts verweigerte. Ebenso scheiterten aus verschiedenen Gründen, insbesondere auch aufgrund örtlichen Widerstands der Standortgemeinden, Projekte in Gerlafingen und Gänsbrunnen. Gemäss Beschluss des Regierungsrates soll nun für die Dauer von drei Jahren die ehemalige Psychiatrische Klinik Fridau in Egerkingen als Asylunterkunft zwischengenutzt werden. Zur Zeit der Berichterstattung sind die notwendigen Bewilligungsverfahren noch hängig. Der Mangel an Unterkünften wird aber ohne weitere Objekte nicht aufgefangen werden können.

Mit einem Anteil von 65 Prozent Ja-Stimmen wurde in der Volksabstimmung vom 17. Juni 2012 einem Verpflichtungskredit von 340 Mio. Franken für einen Neubau des Bürgerspitals Solothurn zugestimmt. Das Bürgerspital stellt für rund 120'000 Kantonseinwohner und -einwohnerinnen die erweiterte Grundversorgung sicher. Gemäss kantonalen und Nordwestschweizer Spitalversorgungsplanung ist es auch in Zukunft unverzichtbarer Teil der Spitalversorgung. Die historischen Altbauten haben bereits ein Alter von rund 80 Jahren, die sogenannten Neubauten wurden 1974 fertiggestellt. Der Neubau ist insgesamt kostengünstiger als eine Gesamtsanierung. Wesentliche Vorteile des Neubaus bestehen hinsichtlich Funktionalität, Nutzungsflexibilität und Betriebskosten. Mit neu 244 Betten wird die bisherige Bettenzahl des Bürgerspitals leicht reduziert. Im Dezember des Berichtsjahres erfolgte die öffentliche Planaufgabe. Der Behandlungstrakt und das Bettenhaus sollen bis 2019 fertig sein, der Abbruch der zentralen Altbauten sowie der Neubau des Wirtschaftstraktes 2022.

Um den Strukturwandel, den die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der letzten Jahre mit sich gebracht hat, zu bewältigen, unterstützt die Neue Regionalpolitik des Bundes (NRP) mit Anschubfinanzierungen nachhaltige Projekte, die die Wertschöpfung steigern und die Zusammenarbeit zwischen den regionalen Zentren und dem ländlichen Raum fördern. Gestützt auf einen entsprechenden Beschluss des Kantonsrates wurden im Rahmen der Umsetzung der NRP des Bundes erste Fördergelder gesprochen. Berücksichtigt wurden dabei Projekte die einerseits zur Sicherung der Excellence in zukunftsfähigen Branchen beitragen, aber auch der Entwicklung von Regionen als Wirtschaftsstandorte dienen.

Zukünftig soll die Wirtschaftsförderung des Kantons Solothurn als Anlaufstelle für die Initialisierung und Umsetzung von Cleantech-Projekten im Bereich energieeffizienter Produktion wirken. Im Wissen darum, dass Fragen rund um den Ressourcenverbrauch alle Unternehmen in Zukunft vermehrt herausfordern werden, will der Kanton Solothurn die Wirtschaft bei der Lösungssuche aktiv unterstützen und sich dabei auf die fünf Handlungsfelder Transparenz, Energieeffizienz, Produkteinnovation, Arealnutzung und Cleantech als Ansiedlungsschwerpunkt konzentrieren. Damit soll sich die Solothurner Wirtschaft frühzeitig auf eine Entwicklung in Richtung Cleantech einstellen und entsprechende Wettbewerbsvorteile sichern können.

Mit dem Beschluss zum Raumentwicklungskonzept Kanton Solothurn legt der Regierungsrat die Strategie der Raumentwicklung für die nächsten 20 Jahre fest. Das Raumkonzept löst das Strukturkonzept von 1994 ab und wird neu Teil des kantonalen Richtplans. Die im Raumentwicklungskonzept festgelegten Leitsätze führen zu sechs Grundsätzen, nach denen eine nachhaltige Raumentwicklung sich zukünftig richten soll: Ausdehnung des Siedlungsgebiets vermeiden, Zentren und Agglomerationen stärken, ländlicher Raum funktionsfähig erhalten, natürliche Ressourcen schonen, Verkehr verträglich gestalten und die Zusammenarbeit aktiv gestalten. Angesichts der vielfältigen räumlichen Strukturen im Kanton Solothurn werden Handlungsräume (urbaner Raum, agglomerationsgeprägter Raum und ländlicher Raum) gebildet in denen die entsprechenden Handlungsstrategien umgesetzt werden sollen. Folgerichtig hat der Regierungsrat eine Anhörung zum neuen Richtplan beschlossen. Der Richtplan ist in der Regel alle zehn Jahre gesamthaft zu überprüfen.

Gemeinsam mit dem Kanton Aargau verabschiedete der Regierungsrat das Agglomerationsprogramm AareLand. Dieses Programm beantragt beim Bund Massnahmen im Gegenwert von rund 270 Mio. Franken zur Mitfinanzierung, so unter anderem für den Ausbau des Bahnhofplatzes Olten (Gesamtkosten 42 Mio. Franken). Mit den vorgesehenen Massnahmen sollen die wichtigsten Schwachstellen bei der Verkehrsinfrastruktur beseitigt und die Funktionsfähigkeit des Gesamtverkehrs verbessert werden. Im Verbund mit den siedlungs- und landschaftsbezogenen Massnahmen wird so eine nachhaltige Siedlungs- und Verkehrsentwicklung unterstützt. Das Agglomerationsprogramm AareLand wurde in Zusammenarbeit mit dem Kanton Aargau erarbeitet und umfasst die Teilregionen Aarau, Olten und Zofingen. Im Vordergrund stehen Aktivitäten im Bereich der Raum- und Infrastrukturpolitik; es stehen aber auch weitere Projekte aus unterschiedlichen Bereichen auf der Agenda (Bildung, Wirtschaftsförderung, Freizeit und Kultur).

Mit der Verabschiedung des Agglomerationsprogramms Solothurn, erarbeitet mit der Regionalplanungsgruppe espaceSOLOTHURN, erfolgte im oberen Kantonsteil der gleiche Schritt in Richtung Verbesserung der Abstimmung zwischen Verkehr und Siedlungsentwicklung.

Der Kantonsrat beschloss die vom Regierungsrat vorgelegte Gesamtsanierung der Kantonschule Olten im Umfang von 85,8 Mio. Franken. Die Ende 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts erstellte Anlage ist nach fast 40-jährigem Betrieb in einem schlechten baulichen Zustand und bedarf einer Gesamtsanierung. Mit dem beschlossenen Sanierungskonzept, das aus Kostengründen einem Neubau vorgezogen wurde, soll nicht zuletzt auch der Energieverbrauch drastisch reduziert werden.



Im weiteren legte der Regierungsrat dem Kantonsrat den Kauf der Liegenschaft Rosengarten zur Beschlussfassung vor. Mit dessen Zustimmung eröffnet sich nun die Gelegenheit, ab 2016 unter Einsparung von Fremdmieten zahlreiche Arbeitsstellen mit rund 180 Arbeitsplätzen auf dem Platz Solothurn zentral unterbringen zu können.

Die vom Kantonsrat seit längerem beschlossene Kantonalisierung der Heilpädagogischen Sonderschulen wurde nach Überweisung einer entsprechenden parlamentarischen Initiative umgesetzt. Bis anhin wurden die fünf Heilpädagogischen Sonderschulen von den Einwohnergemeinden geführt. Mit der Kantonalisierung übernimmt nun der Kanton nicht bloss die Führung der Schulen, sondern auch die dazu gehörenden Schulgebäude. Der dazu notwendigen Änderung des Volksschulgesetzes wurde zugestimmt. Das Volk wird sich noch zu einer entsprechenden Verfassungsänderung zu äussern haben. Gleichzeitig beschloss der Regierungsrat, die Frage der zukünftigen Standorte der Sonderschulen einer Überprüfung zu unterziehen.

Das Bundesgericht wies eine gegen die vom Regierungsrat beschlossene Schulkreisbildung der beiden Gemeinden Grindel und Bärschwil ab. Damit sind die beiden Gemeinden verpflichtet, zukünftig ihre Volksschule gemeinsam zu führen.

Nachdem der Kanton Solothurn mit der Einführung der Fächer Medienbildung (Primarschule), bzw. Informatik (Sekundarstufe I) in der schweizerischen Bildungslandschaft bereits eine Pionierleistung erbrachte, wurde ein weiterer Schritt in die Zukunft gewagt. Mit dem Projekt «myPad» soll in einem Schulversuch mit zwölf ausgewählten Klassen der Einsatz von Tablet-Computern zur Förderung der Medienkompetenz getestet werden.

Mit dem gemeinsam mit der Stadt Solothurn getätigten Kauf des Hotels Krone in Solothurn soll Solothurn als Seminarstandort gestärkt werden. Wie das Palais Besenval wird die Liegenschaft im Baurecht an die CS Funds AG abgegeben. Dies verbunden mit der Auflage, dass die Krone weiterhin als Hotel- und Gastronomiebetrieb weitergeführt wird. Die Seminarreihe wird damit erweitert und sinnvoll ergänzt.

Der Trend zu Gemeindefusionen hielt auch im Berichtsjahr an. So werden per 1.1.2013 im Bezirk Bucheggberg die Einwohnergemeinden Lüsslingen und Nennigkofen zur Einwohnergemeinde Lüsslingen-Nennigkofen fusionieren. Gleichzeitig entsteht im Bezirk Wasseramt durch den Zusammenschluss der Gemeinden Hersiwil und Heinrichswil-Winistorf die neue Gemeinde «Drei Höfe».

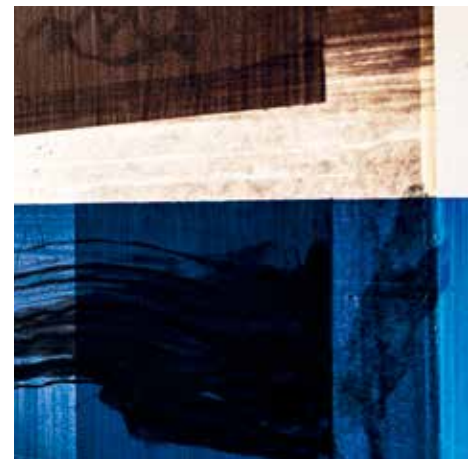
Die dem Kantonsrat vorgelegte Vorlage zur Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte wurde an den Regierungsrat zurückgewiesen. Damit die aufgrund von entsprechenden Vorstössen aufgenommenen Revisionspunkte (Verkürzung von Fristen, Verbot von Listenverbindungen) bereits für die kantonalen Wahlen im Jahre 2013 Anwendung hätten finden könnten, wurde auf ein Vernehmlassungsverfahren verzichtet, was durch die Rückweisung nun nachgeholt wurde.

Mit der Änderung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge sind die öffentlich-rechtlichen Pensionskassen gefordert, bis Anfangs 2014

ihren Deckungsgrad auf mindestens 80 Prozent zu erhöhen sowie die Verantwortlichkeiten zwischen den Organen klarer auszuscheiden. Die vom Regierungsrat in die Vernehmlassung geschickte Vorlage sieht vor, die PKSO in das System der Vollkapitalisierung (Deckungsgrad 100 Prozent) zu überführen. Dabei soll der Fehlbetrag von rund 1,1 Milliarde Franken vom Kanton, den Gemeinden und den Anschlussmitgliedern geleistet werden. Das neue Pensionskassengesetz sieht unter anderem weiter vor, dass die Rolle des Führungsorgans (Verwaltungskommission) ausgebaut werden soll. Die Vorlage wird im kommenden Jahr dem Parlament zur Beratung vorgelegt werden.

Zum zweiten Mal nach 1985 präsentierte sich der Kanton Solothurn am Wochenende vom 11./12. August als Gastkanton am Marché-Concours national de Chevaux in Saignelégier (Kanton Jura). Den aus der ganzen Schweiz und dem benachbarten Ausland stammenden Besuchern konnte mit einem umfangreichen Programm der Kanton Solothurn mit seinen touristischen, kulturellen und kulinarischen Attraktionen bei besten Verhältnissen näher gebracht werden. Höhepunkt des Auftritts war der sonntägliche Festumzug mit 19 Bildern, über 800 Mitwirkenden und 110 Pferden aus allen Regionen des Kantons. Weitere Elemente des viel beachteten Solothurner Auftritts stellten der von Solothurner Musikformationen bestrittene Unterhaltungsabend, eine Pferdevorführung sowie eine Sternfahrt mit historischen Kutschen aus den Regionen des Kantons in den Jura dar. Dem Organisationskomitee unter der Leitung von Regierungsrat Christian Wanner gelang es nicht nur, unseren Miteidgenossen aus der Romandie den Kanton Solothurn in einer sympathischen Art zu präsentieren, sondern mit dem Anlass auch einen wertvollen Beitrag zur Verstärkung des innerkantonalen Zusammenhalts und des gegenseitigen Verständnisses zwischen den Regionen zu leisten.

Unüblicherweise tagte der Regierungsrat in der ersten Jahreshälfte nicht vollzählig. Im Frühjahr fielen die beiden Regierungsräte Klaus Fischer und Christian Wanner aus gesundheitlichen Gründen während längerer Zeit aus, die Stellvertretungen wurden durch Regierungsrat Walter Straumann bzw. Landammann Peter Gomm wahrgenommen.



3. Anlässe / Aussprachen

Der Regierungsrat traf sich im Berichtsjahr mit den Gemeindepräsidien von Boningen, Fulenbach, Gunzgen, Hägendorf, Kappel, Rickenbach, Wangen b. Olten, Erlinsbach, Kienberg, Lostorf, Niedergösgen, Obergösgen, Rohr, Stüsslingen, Winznau, Balm b. Günsberg, Feldbrunnen-St. Niklaus, Flumenthal, Günsberg, Hubersdorf, Kammerrohr, Niederwil, Riedholz und der Stadt Solothurn.

Weitere Aussprachen fanden mit dem Verband Solothurner Einwohnergemeinden sowie dem Verband Bürgergemeinden und Waldeigentümer statt.

Der Regierungsrat empfing den Kantonsratspräsidenten, die ehemaligen Regierungsrätinnen und Regierungsräte sowie den ehemaligen Staatsschreiber, die italienische Generalkonsulin und die Vereinigung der General- und Honorarkonsule Zürich. Er traf sich mit den Spitzen verschiedenster solothurnischer Firmen und nahm an besonderen Anlässen und Jubiläen teil.

Zu den sich wiederholenden Anlässen gehörten Empfänge von hohen Offizieren und der solothurnischen interkonfessionellen Konferenz (SIKO) sowie der Bischofsjass.

2012 wurden 22 Hundertjährige sowie die damals älteste Einwohnerin des Kantons Solothurn (107-jährig) geehrt.

Regelmässige Aussprachen fanden auch mit Vertretern aus der Politik wie eidgenössischen Parlamentariern und der Wirtschaft statt.

Der Regierungsrat vergab Werkjahrbeiträge, Sport- und Kunstpreise sowie den Sozialpreis.

Ebenso nahm er an der Kantonsratspräsidentinnenfeier teil. Im weitern nahm er an den Trauerfeiern für alt Bundesrat Otto Stich und alt Bundesrat Leon Schlumpf teil.

Der Regierungsrat besuchte den Regierungsrat des Kantons Graubünden.

Der Kanton Solothurn war Gastkanton am Marché Concours in Saignelégier.

Die Regierungen der Nordwestschweizer Kantone haben sich 1x getroffen und es fanden 4 Arbeitsausschuss-Sitzungen statt.

Die Kontakte mit den Medien wurden durch regelmässige Medienkonferenzen und Begegnungen bei weiteren Anlässen aufrechterhalten.

4. Information der Öffentlichkeit

Tätigkeiten	2011	2012
Anzahl Medienversände nach RR-Sitzungen	43	39
Anzahl Medienmitteilungen	311	323
Anzahl Medienkonferenzen inkl. Fototermine		
Tagungen und Seminare	39	42
Anzahl akkreditierte Medien	61	64

Durchschnittlich wurden 2012 täglich 15 Medienauskünfte erteilt und Medienschaffende mit den richtigen Stellen innerhalb der Verwaltung in Kontakt gebracht.

Die Teilnahme als Gastkanton am Marché Concours in Saignelégier hatte einen sehr grossen Zusatzaufwand zur Folge. Dieser wurde intern abgedeckt. Auf das Beiziehen von externen Ressourcen wurde verzichtet. Äusserst positiv gestaltet werden konnten in diesem Zusammenhang die Medienpartnerschaften. Der Solothurner Auftritt wurde in der Öffentlichkeit sehr gut aufgenommen.

Die Vermittlung von Interviews und deren Begleitung stieg im Vergleich mit dem Vorjahr aus den obgenannten Gründen ebenfalls deutlich an.

Gleichzeitig hat der Medienbeauftragte auch im OK «OLMA 2013» mitgearbeitet und erste Vorarbeiten bereits in Angriff genommen. Dieses Engagement wird im 2013 die Ressourcen massgeblich absorbieren.

Für das Personalamt war der Medienbeauftragte – im Rahmen der internen Ausbildung – wiederum während mehrerer Tage als Medientrainer im Einsatz. Er beteiligte sich auch als Referent am neuen mehrtägigen Ausbildungszyklus «Kantonales Bedrohungsmanagement für Behörden und Institutionen» der Kantonspolizei. Diese Ausbildung wird auch 2013 fortgesetzt. Hinzu kamen noch individuelle Ausbildungskurse für Ämter und Personen.

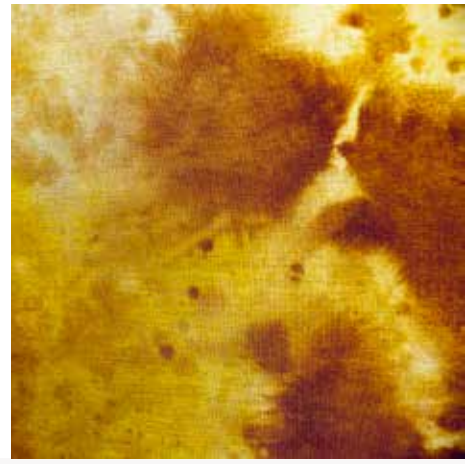
Die im 2011 begonnene konsequente Nutzung der «Social Medias» wurde fortgeführt und ist aus der Öffentlichkeitsarbeit der Verwaltung nicht mehr wegzudenken.

Vereinzelte war der Medienbeauftragte auch als Referent zum Thema «politische Kommunikation» tätig. (Serviceclubs, usw.)

Das Präsidium der Schweizerischen Informationskonferenz öffentlicher Verwaltungen (SIKOV) beanspruchte rund neun Arbeitstage. (Vorstandssitzungen, Seminarien, Generalversammlung).

In Fragen der Öffentlichkeitsarbeit stand der Medienbeauftragte den Departementen und Ämtern wiederum beratend zur Seite.

Bereits begonnen wurden 2012 die Vorbereitungen für die Kantons- und Regierungswahlen vom März 2013. Wegen der engen Platzverhältnisse im Rathaus und der zunehmenden Zahl an Fernseh- und Radiostationen die «vor Ort» über die Wahlen berichten wollten, musste erneut eine noch grössere Lösung gesucht werden. Nach dem Konzertsaal für die nationalen Wahlen im Herbst 2011 haben wir uns für 2013 für die Rythalle in Solothurn entschieden, um den zunehmend grösseren Ansprüchen gerecht zu werden. Die Grobplanung wurde bereits im Herbst 2012 abgeschlossen.



5. Nordwestschweizer Regierungskonferenz

Die unter Aargauer Präsidentschaft stehende Nordwestschweizer Regierungskonferenz (NWRK) versammelte sich am 8. Juni 2012 zu ihrer 67. Plenarversammlung auf Schloss Lenzburg. Im Zentrum der Verhandlungen stand eine Aussprache mit dem Bundesamt für Energie über die Umsetzung der Energiewende und der Gewährleistung der Versorgungssicherheit. Im Zusammenhang mit der Entwicklung des Euroairport Basel-Mulhouse-Freiburg (EAP) unterstrich das Plenum die Bedeutung eines Bahnanschlusses und hob den grenzüberschreitenden Charakter des Projekts hervor, was eine weiterhin enge Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren bei der Realisierung und Finanzierung notwendig macht.

Nachdem im Jahre 2011 die Einsetzung der Metropolitankonferenz Basel als Plattform der NWRK beschlossen wurde, fanden 2012 die ersten Konferenzen statt. Es wurden bereits gemeinsame Positionen zu aktuellen Bundesbeschlüssen verabschiedet, die für die Entwicklung und Standortattraktivität des Metropolitanraums Basel von grosser Bedeutung sind und in enger Zusammenarbeit mit den Fachdirektorenkonferenzen erarbeitet wurden.

Der Arbeitsausschuss traf sich zu vier Sitzungen.

6. Rechenschaftsbericht ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit

Die ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit mit Sitz in Solothurn ist eine privatrechtliche Stiftung und wurde 1967 gegründet. Träger sind alle 26 Kantone der Schweiz, welche im Stiftungsrat mit je einem Mitglied aus ihren Kantonsregierungen vertreten sind. Die ch Stiftung fördert die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften und Kulturen sowie die Zusammenarbeit unter den Kantonen und mit dem Bund. Sie ist dem föderalistischen Staatsgedanken verpflichtet. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind der Föderalismus, die Pflege der Beziehungen zwischen den Sprachgemeinschaften und die interkantonale Zusammenarbeit. Ein wichtiges Mandat ist die Führung des Sekretariats der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) sowie der Betrieb des Hauses der Kantone (HdK) in Bern.

Der Vorsteher des Finanzdepartementes präsierte seit dem Jahr 1998 die ch Stiftung. Er wird Ende Juli 2013 aus dem Regierungsrat ausscheiden und trat demzufolge an der letzten Stiftungsratsitzung vom 7. Januar 2013 aus der ch Stiftung zurück. Der Leitende Ausschuss, das Führungsgremium der ch Stiftung hielt im Jahre 2012 zwei Sitzungen zu den laufenden Geschäften ab und bereitete die ordentliche Stiftungsratsversammlung vom 7. Januar 2013 vor.

Die ch Stiftung setzt sich seit 1976 für den binnenstaatlichen und aussereuropäischen Austausch ein und baut ihr Engagement in diesem Bereich laufend aus.

Der Bereich ch Agentur ist für die Umsetzung der europäischen Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogramme im Auftrag des Staatssekretariats für Bildung und Forschung (SBF) verantwortlich. Im zweiten Jahr der Vollteilnahme der Schweiz an den europäischen Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogrammen wurden bei der ch Stiftung gegen 400 Projektanträge eingereicht.

Der Bereich ch Austausch betreut die binnenstaatlichen und aussereuropäischen Programme im Schul- und Berufsbildungsbereich.

Die ch Stiftung führt seit ihrer Entstehung im Jahre 1993 das Sekretariat der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) im Mandatsverhältnis. Die KdK fördert die Zusammenarbeit unter den Kantonen in ihrem Zuständigkeitsbereich und stellt in kantonsrelevanten Angelegenheiten des Bundes die erforderliche Koordination und Information der Kantone sicher. Über die KdK können sich die 26 Kantonsregierungen in diesen Fragen gezielt und abgestimmt in die Bundespolitik einbringen. Der gemeinsame Auftritt der Kantonsregierungen dient der Willensbildung und Entscheidungsvorbereitung im Bund und stärkt die Stellung der Kantone auf Bundesebene.

Die ch Stiftung betreibt seit dessen Eröffnung im Jahr 2008 an der Speichergasse 6 in Bern das Haus der Kantone. Im Haus der Kantone arbeiten die Sekretariate von 12 interkantonalen Regierungs- und Direktorenkonferenzen sowie Institutionen aus deren Umfeld. Es umfasst ein ganzes Stockwerk an multifunktionalen Konferenzräumen, die von der ch Stiftung bewirtschaftet werden. Ebenfalls im Haus der Kantone befindet sich das Sekretariat der KdK.



Der Sitz der ch Stiftung befindet sich in Solothurn. In den Räumlichkeiten an der Dornacherstrasse 28A befinden sich über 50 Arbeitsplätze von insgesamt über 70 Mitarbeitenden. Der Kanton Solothurn übernimmt einen Teil der Mietkosten als Standortbeitrag für die ch Stiftung.

Zur Förderung des Literaturaustausches zwischen den vier Sprachregionen der Schweiz gibt die ch Stiftung die ch Reihe heraus. Der Schwerpunktbereich der ch Reihe ist die Unterstützung von Übersetzungen ausgewählter Werke von Schweizer Autorinnen und Autoren in die anderen Landessprachen. Neben der Förderung von literarischen Übersetzungen setzt sich die ch Reihe mit verschiedenen kleineren und grösseren Veranstaltungen, Lesungen und Begegnungen für den Brückenschlag über die Kantons-, Sprach- und Kulturgrenzen hinweg ein. Im März 2012 fand in Vevey die gut besuchte Veranstaltung «4 + 1 traduire übersetzen tradurre und translatar» statt, welche dem Thema der literarischen Übersetzung gewidmet war und alle 2 Jahre in einer anderen Sprachregion stattfindet.

Weitere Dienstleistungen der ch Stiftung sind:

- Die jährlich durchgeführten ch Regierungs-Seminare jeweils anfangs Januar. Diese dreitägige Weiterbildungsveranstaltung richtet sich exklusiv an die Mitglieder der Kantonsregierungen sowie an die kantonalen Staatsschreiber/-innen. Im Rahmen des Seminars werden aktuelle politische Themen und Entwicklungen behandelt und aus Sicht der Kantone beleuchtet.
- Der jährliche Monitoring-Bericht zur Entwicklung des Föderalismus in der Schweiz zu erarbeiten (Bericht «Monitoring Föderalismus»). Die Dokumentation zeigt auf, in welche Richtung sich der schweizerische Föderalismus entwickelt und mit welchen Massnahmen er gestärkt werden kann.
- Verschiedene weitere Dienstleistungen zugunsten von interkantonalen Organisationen und Kantonen, insbesondere Übersetzungsdienstleistungen.

7. Pflege und Förderung der Unternehmenskultur

Die Tätigkeit der Kerngruppe Sowieso! fokussierte sich im Berichtsjahr auf die Durchführung eines Anlasses für die Zielgruppe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Altersklasse der unter 25-jährigen. Im Rahmen eines mit einem Wettbewerb verbundenen Postenlaufs konnten die rund 50 Teilnehmenden in Gruppen die Lebensmittelkontrolle, die Energiefachstelle, das Amt für Denkmalpflege und Archäologie, das Museum Altes Zeughaus sowie das Amt für Informatik besuchen und deren Tätigkeiten näher kennenlernen.

8. Förderung der innerkantonalen und internationalen Beziehungen

Nach der Liquidation des Fonds 1981/91 wurde die Unterstützung von Jugendaustauschaktivitäten an den Lotteriefonds übertragen. Im Rahmen eines Besuchs einer Delegation aus der Stadt Nueva Helvecia bei der Partnergemeinde Subingen empfing der Regierungsrat Behördenvertreter aus Uruguay.

9. Tätigkeitsbericht der kantonalen Beauftragten für Information und Datenschutz

Der Tätigkeitsbericht der kantonalen Beauftragten für Information und Datenschutz wird dem Kantonsrat zur Kenntnis gebracht (§32 Abs. 1 lit. f des Informations- und Datenschutzgesetzes).

10. Politische Rechte

10.1 Volkswahlen

Keine

10.2 Volksinitiativen

Keine

10.3 Standesinitiativen

Keine

10.4 Referenden

Keine

10.5 Volksaufträge

30. Januar 2012	VA «Spitex für alle!»
29. Mai 2012	VA «Anpassung der Studententafel für die Primarschule»
3. September 2012	VA «Keine Extrawürste: Pauschalbesteuerung abschaffen!»

10.6

27. Januar 2012	Petitionen IG Schülertransport Schulverband A3
3. Juni 2012	Reform 91: Strafanstalt Schöngrün



10.7 Volksabstimmungen

Eidgenössische Abstimmungen

2012	Titel	Stimmbeteiligung %	Ja	Nein
11. März	Volksinitiative vom 18. Dezember 2007 «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!»	40,1	38'715	30'147
	Volksinitiative vom 29. September 2008 «Für ein steuerlich begünstigtes Bausparen zum Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum und zur Finanzierung von baulichen Energiespar- und Umweltschutz- massnahmen (Bauspar-Initiative)»	40,0	29'035	38'710
	Volksinitiative vom 26. Juni 2009 «6 Wochen Ferien für alle»	40,1	21'396	47'784
	Bundesbeschluss vom 29. September 2011 über die Regelung der Geldspiele zugunsten gemeinnütziger Zwecke (Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls»)»	39,3	56'350	10'004
	Bundesgesetz vom 18. März 2011 über die Buchpreisbindung (BuPG)	39,9	23'714	43'615
17. Juni	Volksinitiative vom 23. Januar 2009 «Eigene vier Wände dank Bausparen»	38,8	18'425	47'993
	Volksinitiative vom 11. August 2009 «Für eine Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk!)»	38,8	15'626	51'037
	Änderung vom 30. September 2011 des Bundesgesetzes über die Kranken- versicherung (KVG) (Managed Care)	39,0	19'149	47'473
23. September	Bundesbeschluss vom 15. März 2012 über die Jugendmusikförderung (Gegenentwurf zur Volksinitiative «jugend + musik»)»	40,7	52'018	18'098
	Volksinitiative vom 23. Januar 2009 «Sicheres Wohnen im Alter»	40,8	36'562	33'563
	Volksinitiative vom 18. Mai 2010 «Schutz vor Passivrauchen»	41,0	20'564	50'431
25. November	Änderung vom 16. März 2012 des Tierseuchengesetzes (BBl 2012 3457)	21,4	24'582	12'326

Kantonale Abstimmungen

2012	Titel	Stimmbeteiligung %	Ja	Nein
11. März	Solothurner Verfassungsinitiative «KMU-Förderinitiative: Weniger Bürokratie – mehr Arbeitsplätze»	39,2	60'021	6'428
	Umsetzung der Volksinitiative zur «Nennung der Nationalitäten in Meldungen der Polizei und Justizbehörden»	39,2	46'872	19'852
	Neubau für das Berufsbildungszentrum BBZ in Solothurn; Bewilligung eines Verpflichtungskredites	39,2	52'742	13'705
	Beitritt zum Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen und Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei	39,1	50'505	14'376
17. Juni	Neubau Bürgerspital Solothurn (BSS); Bewilligung eines Verpflichtungskredites	38,4	42'693	22'867
23. September	Änderung der Kantonsverfassung: Ergänzung der Unvereinbarkeiten (KRB vom 21. März/12. Juni 2012)	38,7	57'703	7'506

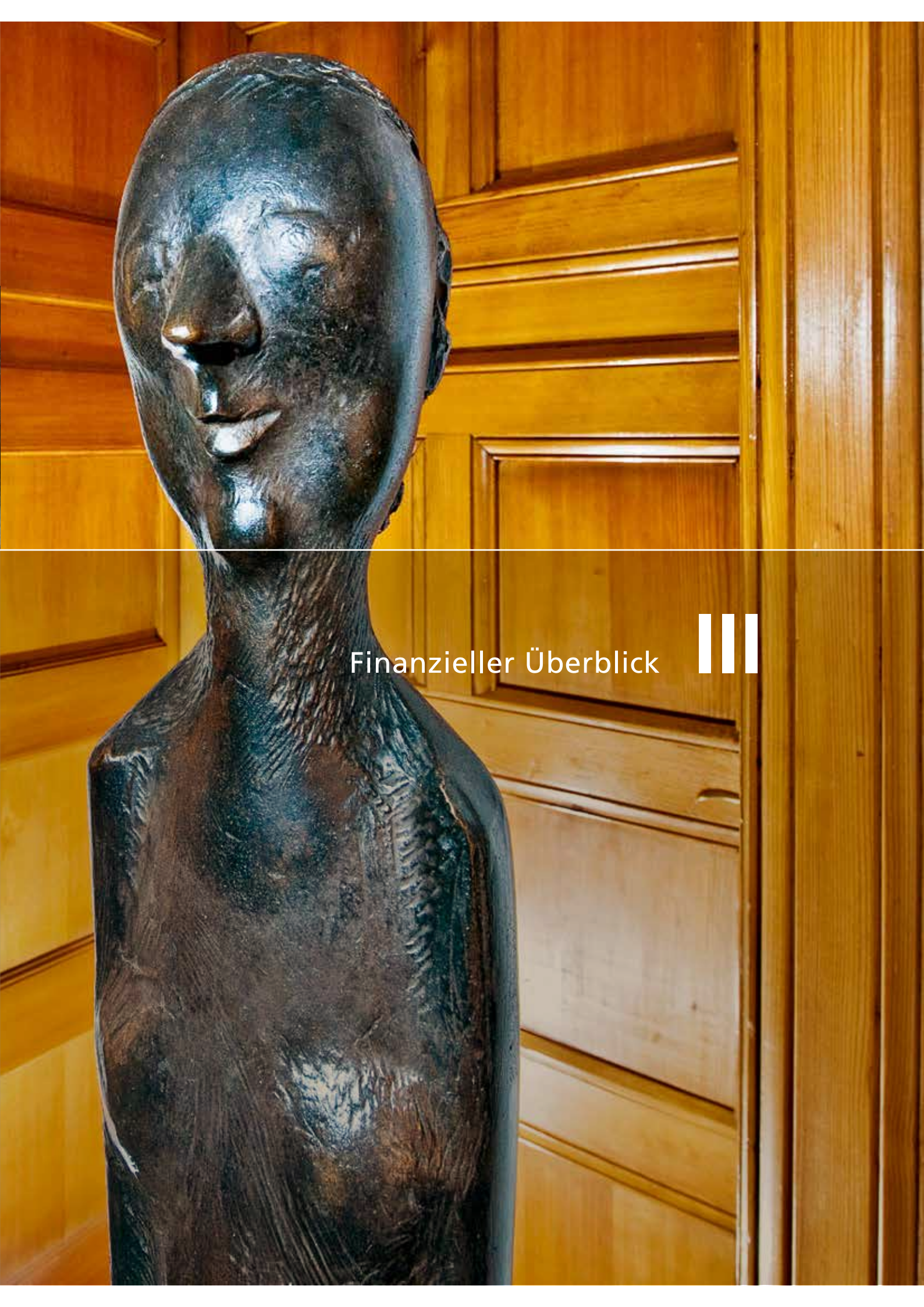


10.8 Kantonale Vernehmlassungen

Im Berichtsjahr wurden im Kanton 10 Vernehmlassungsverfahren eröffnet (im Vorjahr 6).

Titel	Departement/Amt
Teilrevision des Sozialgesetzes – Anpassung an die Änderung vom 18. März 2011 des Bundesgesetzes über die Familienzulagen (FamZG)	Volkswirtschaftsdepartement Ausgleichskasse des Kantons Solothurn
Übertragung der Zuständigkeit für Submissionsbeschwerden von der Schätzungskommission an das Verwaltungsgericht; Änderung des Gesetzes über die Gerichtsorganisation (GO)	Staatskanzlei Legistik und Justiz
Änderung des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung	Finanzdepartement Departementssekretariat
Änderung der Kantonsverfassung: Erneuerbare Energien in die kantonale Verfassung	Volkswirtschaftsdepartement Amt für Wirtschaft und Arbeit
Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte (GpR)	Staatskanzlei Regierungsdienste/ Politische Rechte
Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei und weiterer Erlasse (im Zusammenhang mit der Aufgabenerfüllung durch die Polizei Kanton Solothurn)	Departement des Innern Polizei Kanton Solothurn
Gesetz über die Pensionskasse Kanton Solothurn (PKG); Vorsorgereglement der Pensionskasse Kanton Solothurn (VOR); (Beschluss der Verwaltungskommission vom 10. September 2012)	Finanzdepartement Departementssekretariat
Geoinformationsgesetz (GeolG)	Bau- und Justizdepartement Departementssekretariat
Totalrevision des Gesetzes über die öffentlichen Ruhetage	Volkswirtschaftsdepartement Amt für Wirtschaft und Arbeit
Wirtschaftsgesetz	Volkswirtschaftsdepartement Amt für Wirtschaft und Arbeit





Finanzieller Überblick



1.

Das Rechnungsergebnis in Kürze

Zum ersten Mal wird 2012 das neue «Harmonisierte Rechnungslegungsmodell 2 für Kantone und Gemeinden (HRM2)» für den Rechnungsabschluss des Kantons angewendet.

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	RE 11	VA 12	RE 12
Betrieblicher Aufwand	1'883,0	1'931,0	1'897,3
Betrieblicher Ertrag	-1'844,0	-1'778,5	-1'761,6
Betriebsergebnis (Aufwandüberschuss)	39,0	152,5	135,7
Finanzaufwand ¹	15,9	19,4	21,7
Vermögenserträge ²	-74,2	-57,7	-46,1
Operatives Ergebnis (Aufwandüberschuss)	-19,3	114,3	111,4
a.o. Aufwand/Ertrag ³	-	-3,7	-
Gesamtergebnis (Aufwandüberschuss)	-19,3	110,6	111,4

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)			
Ausgaben	195,2	188,3	174,1
Einnahmen	-61,6	-59,7	-51,4
Nettoinvestitionen	133,6	128,6	122,8

Finanzierung (in Mio. Franken)			
Finanzierungsergebnis (Fehlbetrag)	-19,0	-176,0	-172,6
Selbstfinanzierungsgrad in %	86	-37	-41

¹ Zinsaufwände, Kapitalbeschaffungs- und Verwaltungskosten, Wertberichtigung Finanzvermögen, Veränderung Rückstellung PK-Deckungslücke
² Zinserträge, Buchgewinne, Dividenden, Mieterträge
³ Geplante Auflösung Rückstellungen Globalbudgetreserven (Voranschlag 2012)

Mit einem Aufwandüberschuss von 111,4 Mio. Franken muss erstmals seit 2002 ein Defizit ausgewiesen werden. Das Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung ist um 0,8 Mio. Franken schlechter ausgefallen als budgetiert. Gegenüber dem Vorjahr verschlechterte sich das Ergebnis der Erfolgsrechnung sogar um 130,7 Mio. Franken.

Es muss jedoch zusätzlich noch berücksichtigt werden, dass im Voranschlag 2012 die Spezialfinanzierungen im Eigenkapital noch ausgeglichen worden sind, hingegen in der Rechnung 2012 gemäss einer nachträglichen HRM2-Empfehlung des Schweizerischen Rechnungslegungsgremiums (SRS) kein Ausgleich in der Erfolgsrechnung mehr vorgenommen wurde. Dieser Umstand führte zu einer Verbesserung der Rechnung von 27,8 Mio. Franken. Deshalb hat sich effektiv das Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung gegenüber dem Budget um 28,6 Mio. Franken und gegenüber der Rechnung 2011 um 158,5 Mio. Franken verschlechtert.



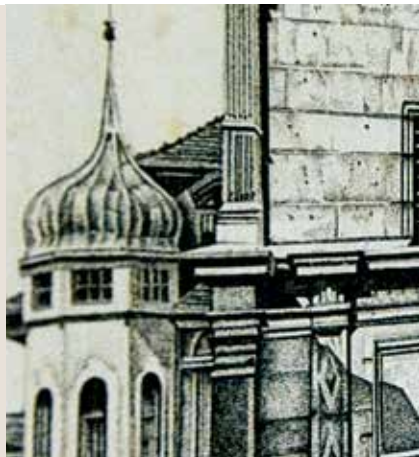
Vergleich der Rechnung 2012 unter HRM2 und HRM1

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	HRM2	HRM1
1) Abschreibungen (HRM1 geschätzt)	61,6	90,0
2) Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	0	15,7
3) Globalbudgetreserven	0	-2,7
4) Veränderung Rückstellung Deckungslücke PKSO	-42,2	0
5) Wertberichtigung Finanzvermögen (Alpiq-Aktien)	47,5	0
Gesamtergebnis	111,4	147,5

Die wichtigsten Neuerungen unter HRM2:

- 1) Die Abschreibung der Anlagen im Verwaltungsvermögen erfolgt linear über die Nutzungsdauer. Dies gilt auch für Anlagen der Spezialfinanzierungen. Zusätzliche Abschreibungen werden nicht zugelassen.
- 2) Bei den Spezialfinanzierungen im Eigenkapital wird kein Ausgleich in der Erfolgsrechnung mehr verbucht, sondern es erfolgt eine Zuweisung ins Fondskonto der Spezialfinanzierung innerhalb des Eigenkapitals (die Fondseinlagen von 27,8 Mio. Franken nehmen aufgrund der höheren Abschreibungen unter HRM1 um 12,1 Mio. Franken ab).
- 3) Die Bildung und Auflösung von Rückstellungen für GB-Reserven erfolgt nicht mehr über die Erfolgsrechnung, sondern direkt über die Bilanz.
- 4) Verminderung des Kantonsanteils (Kantonale Verwaltung/Schulen) an der geringeren Deckungslücke der Pensionskasse Solothurn im 2012.
- 5) Neubewertung der Alpiq-Aktien per 31.12.2012 infolge des massiven Kursverlustes im 2012.

Fazit: Aufgrund der Umstellung auf HRM2 verbessert sich die Rechnung 2012 um 36,1 Mio. Franken.



1.1 Die grössten Abweichungen zwischen Voranschlag und Rechnung 2012

Die grössten Abweichungen von mehr als 2 Mio. Franken zwischen dem Voranschlag und der Rechnung 2012 sind in der nachfolgenden Zusammenstellung ersichtlich:

1.1.1 Erfolgsrechnung

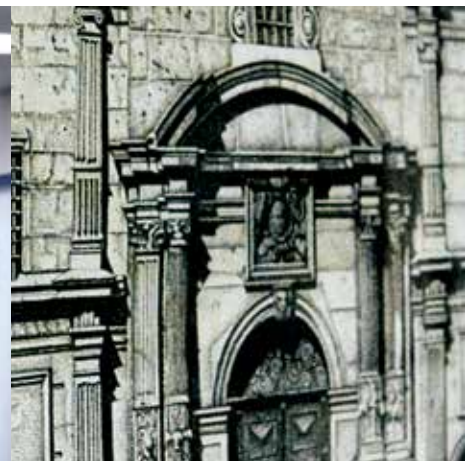
Mehrertrag (Ergebnisverbesserung)	in Mio. Franken
1) Bundesanteile	12,9
2) Amtschreibereien	4,6
	17,5

Minderaufwand (Ergebnisverbesserung)	in Mio. Franken
3) Mittelschulen	5,8
4) Amt für Wirtschaft und Arbeit inkl. Energiefachstelle	4,2
5) Volksschulen (inkl. Kindergarten)	3,5
6) Amt für Justizvollzug	3,1
7) Umwelt	3,0
8) Öffentlicher Verkehr	2,1
9) Prämienverbilligung KVG	2,1
	23,8
Total ergebnisverbessernde Abweichungen der 9 Positionen:	41,3

Minderertrag (Ergebnisverschlechterung)	in Mio. Franken
10) Staatssteuern	50,8
11) Vermögenserträge	10,1
	60,9

Mehraufwand (Ergebnisverschlechterung)	in Mio. Franken
12) Inner- /ausserkantonale Behindertenwohnheime /Werkstätten	4,9
13) Schulgelder	3,7
14) Auflösung von Rückstellungen Globalbudgetreserven	3,7
15) Kostgelder Straf- und Massnahmenvollzug	2,2
	14,5
Total ergebnisverschlechternde Abweichungen der 6 Positionen:	75,4

Die oben aufgeführten 15 Positionen verursachten eine Verschlechterung des Betriebsergebnisses von 34,1 Mio. Franken gegenüber dem Voranschlag.



1.1.2 Investitionsrechnung

Tiefere Nettoinvestitionen:	in Mio. Franken
1) Spitalbauten	4,7
2) Wasserschutzbauten	4,4
3) Kantonsstrassenbau	3,5
Total ergebnisverbessernde Abweichungen der 3 Positionen	12,6
Höhere Nettoinvestitionen:	in Mio. Franken
4) Agrarpolitische Massnahmen (Amt für Landwirtschaft)	4,7
5) Öffentlicher Verkehr	3,0
Total ergebnisverschlechternde Abweichungen der 2 Positionen	7,7

Die oben aufgeführten 5 Positionen (-4,9 Mio. Franken) vermögen 84 Prozent der Reduktion der Nettoinvestitionen von 5,8 Mio. Franken gegenüber dem Voranschlag zu erklären.

1.2 Die grössten Abweichungen zwischen Rechnung 2011 und Rechnung 2012

Die grössten Abweichungen von mehr als 2 Mio. Franken zwischen der Rechnung 2011 und der Rechnung 2012 sind in der nachfolgenden Zusammenstellung ersichtlich:

1.2.1 Erfolgsrechnung

Minderaufwand (Ergebnisverbesserung)	in Mio. Franken
1) Amt für Wirtschaft und Arbeit inkl. Energiefachstelle	6,7
2) Volksschulen (inkl. Kindergarten)	6,0
3) Mittelschulen	5,1
4) Musikschulen	4,5
5) Prämienverbilligung KVG	3,0
6) Umwelt	2,8
7) Hochbauamt	2,6
8) Auflösung von Rückstellungen Globalbudgetreserven	2,1
	32,8
Total ergebnisverbessernde Abweichungen der 8 Positionen	32,8



Minderertrag (Ergebnisverschlechterung)	in Mio. Franken
9) Bundesanteile *	57,0
10) Staatssteuern	19,5
11) Mietertrag Spitäler / Fachhochschule	12,8
12) Vermögenserträge	12,1
13) Erlös aus veräussertem Grundeigentum	4,1
	105,5

Mehraufwand (Ergebnisverschlechterung)	in Mio. Franken
14) Spitalfinanzierung (netto)	29,1
15) Pflegekostenfinanzierung	21,0
16) Abschreibungen Hochbauten	9,5
17) Volksschulamt	4,2
18) Schulgelder	3,1
19) Inner- /ausserkantonale Behindertenwohnheime /Werkstätten	2,4
	69,3
Total ergebnisverschlechternde Abweichungen der 11 Positionen	174,8

* Ertrag SNB (-32,5 Mio. Franken), NFA-Ressourcenausgleich (-17,1 Mio. Franken), Direkte Bundessteuer (-5,7 Mio. Franken) und Verrechnungssteuer (-1,8 Mio. Franken).

Die oben aufgeführten 19 Positionen verursachten eine Verschlechterung des Betriebsergebnisses von 142,0 Mio. Franken gegenüber der Rechnung 2011.

1.2.2 Investitionsrechnung

Tiefere Nettoinvestitionen	in Mio. Franken
1) Kantonsstrassenbau	17,1
2) Informatik	6,4
3) Wasserschutzbauten	3,4
Total ergebnisverbessernde Abweichungen der 3 Positionen	26,9

Höhere Nettoinvestitionen	in Mio. Franken
4) Bildungs- /Allgemeine Bauten	8,3
5) Agrarpolitische Massnahmen (Amt für Landwirtschaft)	4,9
6) Spitalbauten	2,4
Total ergebnisverschlechternde Abweichungen der 3 Positionen	15,6

Die oben aufgeführten 6 Positionen (-11,3 Mio. Franken) und verschiedene kleinere Erhöhungen führten zu tieferen Nettoinvestitionen 2012 von 10,8 Mio. Franken gegenüber der Rechnung 2011.



1.3 Finanzkennzahlen 2008 – 2012

Die nachfolgenden Kennzahlen zeigen die Entwicklung der kantonalen Finanzlage anhand der Staatsrechnungen 2008 bis 2012.

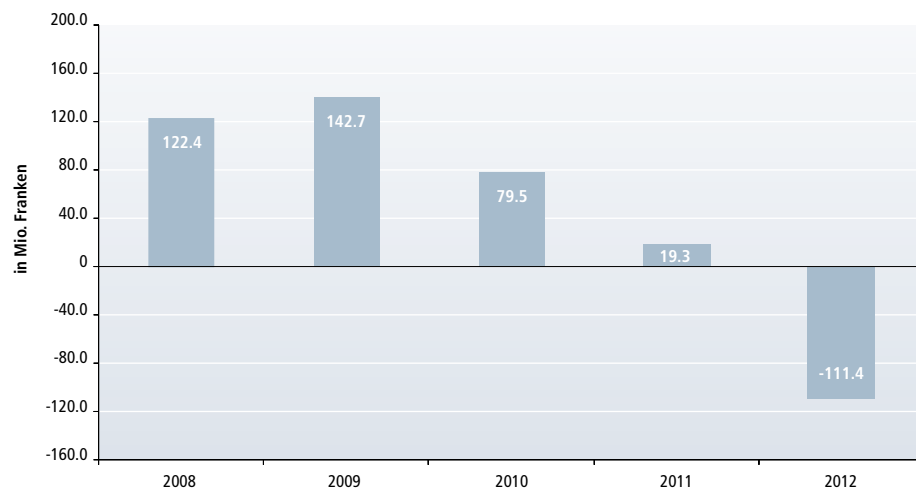
Kennzahlen (in Mio. Franken bzw. %)	2008	2009	2010	2011	2012
Cash Flow	195,4	219,6	168,7	114,6	-49,7
– Abschreibungen*	-73,0	-76,8	-89,2	-95,3	-61,7
Operatives Ergebnis	+122,4	+142,7	+79,5	+19,3	-111,4
+ a.o. Erträge/Aufwände		+49,2			
Gesamtergebnis	+122,4	+191,9	+79,5	+19,3	-111,4
Nettoinvestitionen	103,3	109,9	111,4	133,6	122,8
Finanzierungsergebnis	+92,1	+158,8	+57,2	-19,0	-172,6
Selbstfinanzierungsgrad	189%	244%	151%	86%	-41%
Gesamtabschreibungssatz*	21,5%	20,5%	21,6%	20,8%	4,4%
Nettoverschuldung	173,3	14,6	-42,7	-23,8	456,2
Dito, in Franken pro Einwohner	680	60	-170	-90	1'760
Nettozinsaufwand total	12,0	-4,5	-7,6	-11,4	1,9
Dito, in % der Staatssteuern	1,6%	-0,6%	-1,0%	-1,5%	0,3%
Frei verfügbares Eigenkapital	280,9	472,8	552,3	571,6	414,8
EinwohnerInnen per Ende Jahr	254'414	255'667	256'888	257'393	259'836

* Tiefere Abschreibungen aufgrund HRM2

Der operative Cash Loss (Bruttoaufwandüberschuss) liegt mit 49,7 Mio. Franken um 164,3 Mio. Franken unter dem entsprechenden Wert des Vorjahres (2011: Cash Flow oder Bruttoertragsüberschuss von 114,6 Mio. Franken). Ein Cash Loss bedeutet, dass die laufenden Ausgaben nicht aus den Erträgen finanziert werden können. Die Zunahme der Nettoverschuldung ist insbesondere auf die Passivierung des Anteils des Kantons (Verwaltung und Kantonale Schulen) an der Deckungslücke der Pensionskasse (PKSO) zurückzuführen (Stand 31.12.2012: 444,8 Mio. Franken).

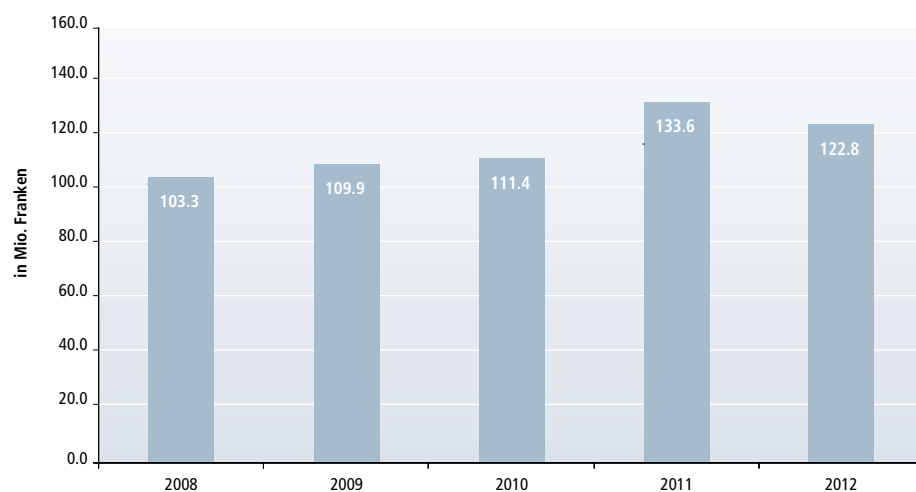


Gesamtergebnis Erfolgsrechnung in Mio. Franken (bis 2011 noch HRM1, ab 2012 HRM2)



Erstmals seit 2002 schliesst die Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von 111,4 Mio. Franken ab.

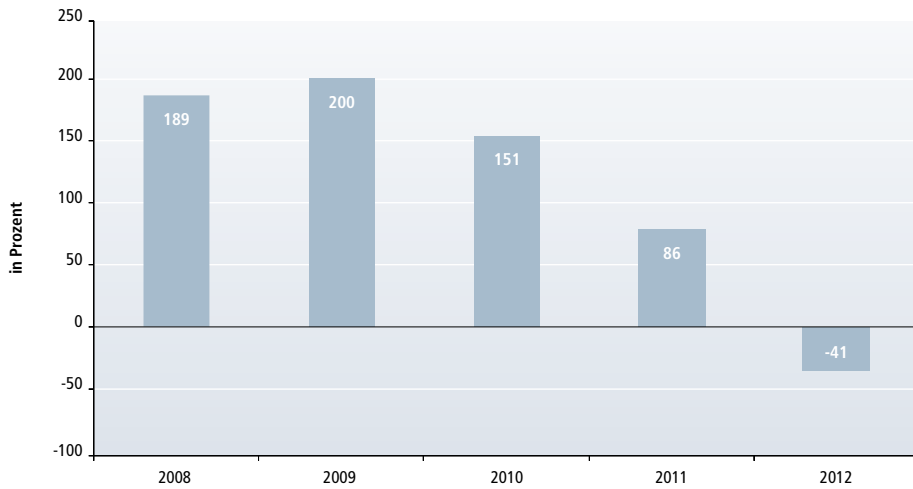
Nettoinvestitionen in Mio. Franken



Mit Nettoinvestitionen von 122,8 Mio. Franken liegt das Investitionsniveau 2012 im Durchschnitt der beiden letzten Jahre 2010 und 2011.

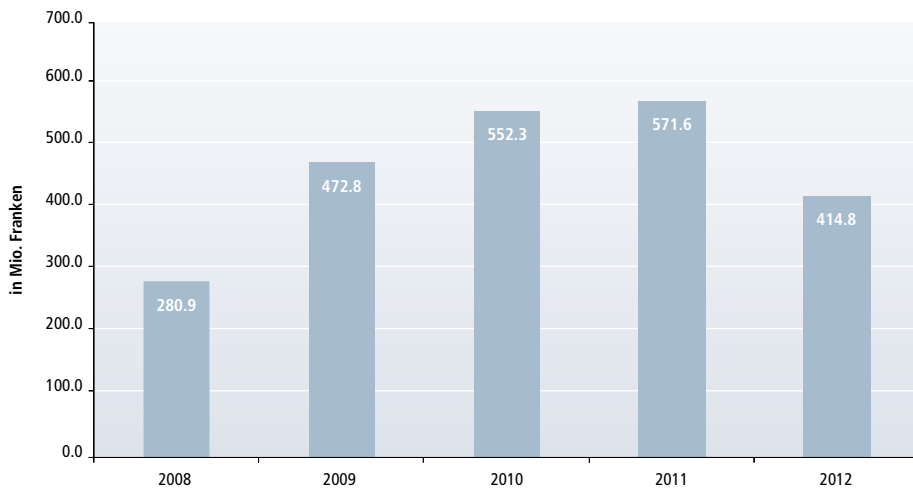


Operativer Selbstfinanzierungsgrad in Prozent



Der Selbstfinanzierungsgrad reduziert sich von 86 Prozent im Vorjahr auf -41 Prozent. Ein negativer Selbstfinanzierungsgrad bedeutet, dass nicht einmal die laufenden Ausgaben aus den Erträgen finanziert werden können. Der Selbstfinanzierungsgrad von -41 Prozent führt zu einer weiteren Erhöhung der Nettoverschuldung.

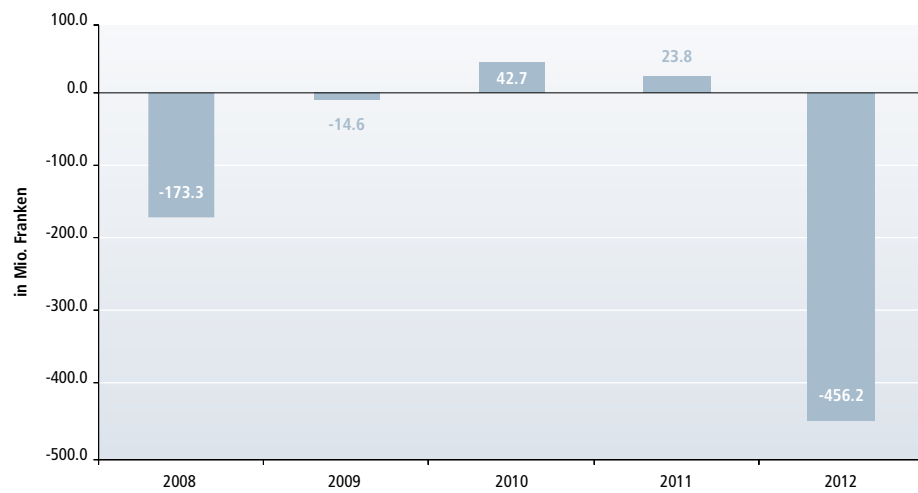
Frei verfügbares Eigenkapital in Mio. Franken (bis 2011 noch HRM1, ab 2012 HRM2)



Mit der AFU-Wasserrechnung (17,3 Mio. Franken), den Globalbudgetreserven (13,8 Mio. Franken) und den Spezialfinanzierungen im Eigenkapital (498,1 Mio. Franken) beträgt das Eigenkapital gesamthaft 944,0 Mio. Franken. Das frei verfügbare Eigenkapital ist massgebend für die Defizitbremse.



Nettoverschuldung in Mio. Franken (bis 2011 noch HRM1, ab 2012 HRM2)



Die Nettoverschuldung ist insbesondere auf die Passivierung des Anteils des Kantons (Verwaltung und Kantonale Schulen) an der Deckungslücke der Pensionskasse (PKSO) zurückzuführen (Stand 31.12.2012: 444,8 Mio. Franken).



1.4 Ergebnis nach Behörden und Departementen

1.4.1 Erfolgsrechnung

Behörden

In Mio. Franken	RE11	VA12	RE12	Diff. 12
Aufwand	5,6	5,7	6,1	0,4
Ertrag	-0,4	-0,3	-0,7	-0,4
Verrechnungen	-1,6	-1,6	-1,6	0
Saldo	3,6	3,8	3,8	0

Der Mehraufwand von 0,4 Mio. Franken für die Teilnahme des Kantons Solothurn als Gastkanton am Marché Concours in Saignelégier wurde durch Mehrertrag in gleicher Höhe kompensiert (Beitrag Lotteriefonds).

Staatskanzlei

In Mio. Franken	RE11	VA12	RE12	Diff. 12
Aufwand	12,2	13,1	12,3	-0,8
Ertrag	-3,5	-2,9	-3,0	-0,1
Verrechnungen	-5,7	-6,8	-6,8	0
Saldo	3,0	3,4	2,5	-0,9

Minderaufwände in der Abteilung Logistik und Justiz sowie tiefere Kosten beim Lehrmitteleinkauf führten im Berichtsjahr 2012 gegenüber dem Budget zu einer Saldoverbesserung von 0,9 Mio. Franken.

Gegenüber der Rechnung 2011 resultiert ein Minderertrag von 0,5 Mio. Franken bei den Lehrmittelverkäufen. Dies entspricht der erwarteten Entwicklung nach zwei Rekordjahren 2010 und 2011.



Bau- und Justizdepartement

In Mio. Franken	RE11	VA12	RE12	Diff. 12
Aufwand	222,1	255,2	224,3	-30,9
Ertrag	-111,1	-91,6	-92,1	-0,5
Verrechnungen	-82,5	-107,8	-109,8	-2,0
Saldo	28,5	55,7	22,3	-33,4

Die grosse Differenz beim Aufwand gegenüber dem Voranschlag 2012 ist vor allem auf die Umstellung der Rechnungslegung zurückzuführen. Unter HRM2 werden die Spezialfinanzierungen im Eigenkapital in der Erfolgsrechnung nicht mehr ausgeglichen, sondern es erfolgt eine Zuweisung ins Fondskonto der Spezialfinanzierung in der Bilanz. Damit entfallen in der Rechnung 2012 gegenüber dem Voranschlag (noch HRM1) Fondseinlagen von 24,5 Mio. Franken. Weitere Minderaufwendungen ergeben sich aufgrund der unter den Erwartungen liegenden Gesuchen bei den Beiträgen an Gemeinden, öffentliche Unternehmungen und Private von insgesamt rund 6 Mio. Franken sowie beim Personalaufwand (-1,6 Mio. Franken) und beim Strassenunterhalt inklusive Winterdienst (-1,2 Mio. Franken).

Der Ertrag im Bereich der allgemeinen Mittel schliesst um 0,7 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Hier wird der HRM2-bedingte Minderertrag durch den Wegfall der Entnahmen aus den Spezialfinanzierungen von 4,9 Mio. Franken und der Minderertrag bei den Einnahmen aus Bussen und Geldstrafen der Staatsanwaltschaft (-0,7 Mio. Franken) mehr als wettgemacht durch Mehrerträge von den Gemeinden (2,9 Mio. Franken), vom Bund (1,7 Mio. Franken) und aus dem Lotteriefonds (0,6 Mio. Franken). Weiter gleichen sich die Mehrerträge bei den Mieten mit den durch HRM2 zurückgegangenen Buchgewinnen aus Verkäufen von Liegenschaften weitgehend aus.

Departement für Bildung und Kultur

In Mio. Franken	RE11	VA12	RE12	Diff. 12
Aufwand	452,4	453,7	449,6	-4,1
Ertrag	-49,4	-45,6	-53,2	-7,6
Verrechnungen	26,6	27,7	26,6	-1,1
Saldo	429,6	435,8	423,0	-12,8

Das Budget wurde gesamthaft um 12,8 Mio. Franken oder 2,9 Prozent unterschritten. Der Aufwand liegt 4,1 Mio. Franken oder 0,9 Prozent unter dem Budget. Der Ertrag liegt 7,6 Mio. Franken oder 16,6 Prozent über dem Budget. Er ist hauptsächlich auf die Umsetzung der Vorschriften HRM2 zurückzuführen. Einmalig wurden Beiträge der Gemeinden für die Sek P im 2012 für zwölf Monate des Schuljahres 2011/2012 sowie fünf Monate des Schuljahres 2012/2013 verbucht (buchhalterische Anpassung).

Gegenüber der Rechnung 2011 ergibt sich beim Aufwand keine nennenswerte Abweichung (2,8 Mio. Franken oder 0,6 Prozent). Der Ertrag liegt 3,8 Mio. Franken oder 7,7 Prozent höher.



Finanzdepartement

In Mio. Franken	RE11	VA12	RE12	Diff. 12
Aufwand	164,9	128,2	129,0	0,8
Ertrag	-1'263,6	-1'218,7	-1'171,3	47,4
Verrechnungen	-7,3	23,2	23,3	0,1
Saldo	-1'106,0	-1'067,3	-1'019,0	48,3

Die grössten Veränderungen beim Ertrag gegenüber dem Voranschlag sind hauptsächlich die Mindererträge bei den Staatssteuern von 53,3 Mio. Franken, bei den Direkten Bundessteuern von 6,9 Mio. Franken und beim Dividendenertrag der Alpiq AG von 10,2 Mio. Franken sowie der Mehrertrag aus der Gewinnausschüttung der SNB von 21,4 Mio. Franken. Mit diesem Erlös konnte zum Zeitpunkt der Budgetierung nicht gerechnet werden.

Im Vergleich zur Vorjahresrechnung 2011 sind vor allem Mindereinnahmen beim Ertrag SNB (-32,5 Mio. Franken), beim NFA-Ressourcenausgleich (-17,1 Mio. Franken) und bei der direkten Bundessteuer (-5,7 Mio. Franken) zu verzeichnen. Beim Ertrag der Staatssteuern führte die vom Kantonsrat beschlossene Steuersenkung für natürliche Personen um 4 Prozentpunkte zu Mindereinnahmen (-20,8 Mio. Franken). Der Rückgang des Dividendenertrages der Alpiq AG hat sich im 2012 erstmals negativ ausgewirkt (-10,2 Mio. Franken).

Der Minderaufwand zum Vorjahr resultiert aus der Umstellung auf das Rechnungslegungsmodell HRM2. Die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen werden ab 2012 nicht mehr zentral über das Amt für Finanzen verbucht und mit Verrechnung weiterbelastet, sondern den Dienststellen direkt belastet.



Departement des Innern

In Mio. Franken	RE11	VA12	RE12	Diff. 12
Aufwand	809,6	861,9	872,3	10,4
Ertrag	-349,8	-342,8	-345,9	-3,1
Verrechnungen	70,1	68,7	69,0	0,3
Saldo	529,9	587,8	595,4	7,6

Das Budget ist um 7,6 Mio. Franken überschritten worden. Hauptgründe sind Mehraufwände bei den Sozialversicherungen und Ergänzungshilfen (+8,1 Mio. Franken) und bei den Taggeldern für den Straf- und Massnahmenvollzug (+2,2 Mio. Franken). Aufgrund höherem Auslastungsgrad, verbesserten Prozessen im Bereich der Rückforderung von Gesundheitskosten sowie aufgrund namhafter Minderaufwände und Mehrerträge (u.a. durch den seit 1.1.2012 abgestossenen Landwirtschaftsbetrieb) weist das Amt für Justizvollzug einen besseren Globalbudgetsaldo aus (-3,1 Mio. Franken).

Die Rechnung 2012 schliesst um 65,5 Mio. Franken über dem Vorjahr ab. Dies ist hauptsächlich durch die höheren Sozialversicherungen und Ergänzungsleistungen von 31 Mio. Franken, insbesondere die durch den Kantonsrat neu beschlossene Leistung Pflegekosten (+21 Mio. Franken), begründet. Im Bereich der Spitalversorgung hat die seit 1.1.2012 gültige KVG-Revision (neue Spitalfinanzierung) erhebliche Auswirkungen auf die Finanzgrösse «Spitalbehandlungen gemäss KVG» (+196 Mio. Franken). Als Folge der KVG-Revision umfasst das Globalbudget der soH hingegen nur noch die gemeinwirtschaftlichen Leistungen sowie besondere Leistungsaufträge an die soH in der Höhe von 54,2 Mio. Franken (-169,2 Mio. Franken).

Zudem wurden in der Rechnung 2012 der soH ausserhalb des Globalbudgets die Finanzgrössen «Rückstellungen aufgrund Teilliquidation der Pensionskasse wegen der Schliessung der Klinik Allerheiligenberg» (+1,8 Mio. Franken) sowie «Aufwand Übertritt/Einkauf von Mitarbeitenden soH in die Kantonale Pensionskasse» (+2,5 Mio. Franken) berücksichtigt.



Volkswirtschaftsdepartement

In Mio. Franken	RE11	VA12	RE12	Diff. 12
Aufwand	208,9	205,5	201,9	-3,6
Ertrag	-135,8	-128,9	-136,2	-7,3
Verrechnungen	-2,4	-6,5	-3,8	2,7
Saldo	70,6	70,1	61,9	-8,2

Das bessere Ergebnis gegenüber dem Budget ergibt sich insbesondere aufgrund der guten Abschlüsse der einzelnen Globalbudgets. Das Globalbudget Energiefachstelle schliesst um 2,0 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Dies im Wesentlichen aufgrund eines höheren Beitrags des Bundes (+1,0 Mio. Franken) und weniger Fördergesuchen. Ebenfalls fiel der Kantonsbeitrag an den Vollzug der Arbeitslosenversicherung (AVIG-Beitrag) um 1,6 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert.

Grössere Differenzen ergaben sich bei dem für das Volkswirtschaftsdepartement saldo-neutralen Durchlaufposten «Finanzausgleich Kirchgemeinden» (Minderaufwand 2,9 Mio. Franken; Mehrertrag 0,6 Mio. Franken und tiefere Zuweisung über interne Verrechnungen 3,5 Mio. Franken), sowie in der Energiefachstelle bei den durchlaufenden Bundesbeiträgen aus der CO₂-Abgabe (+6,8 Mio. Franken) und beim Amt für Militär und Bevölkerungsschutz bei durchlaufenden Bundesbeiträgen für Sirenen und Schutzraumbauten (+0,6 Mio. Franken).

Gerichte

In Mio. Franken	RE11	VA12	RE12	Diff. 12
Aufwand	23,3	23,4	23,6	0,2
Ertrag	-4,7	-5,4	-5,1	0,3
Verrechnungen	2,9	3,2	3,1	-0,1
Saldo	21,4	21,2	21,6	0,4

Die Kostensteigerung von 0,4 Mio. Franken wurde verursacht durch Mehrkosten der Honorare für amtliche Verteidigung (+0,7 Mio. Franken) und Minderkosten bei der unentgeltlichen Rechtspflege und den Entschädigungen an Freigesprochene (-0,3 Mio. Franken).



1.4.2 Investitionsrechnung

Bau- und Justizdepartement

In Mio. Franken	RE11	VA12	RE12	Diff. 12
Ausgaben	170,6	170,1	154,7	-15,4
Einnahmen	-53,9	-53,4	-47,4	6,0
Nettoinvestitionen	116,7	116,7	107,3	-9,4

Es wurden netto rund 107 Mio. Franken in das Verwaltungsvermögen des Kantons investiert. Die Nettoinvestitionen fielen damit insgesamt um rund 9,4 Mio. Franken tiefer aus als geplant. Bei den Hochbauten fielen die Jahrestenchen um 4,8 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert (Kantonsspital Olten inkl. Parkhaus -3,8 Mio. Franken, Fachhochschule Olten -0,9 Mio. Franken, Justizvollzugsanstalt Solothurn «im Schachen» -0,7 Mio. Franken, Kantonsratssaal -0,5 Mio. Franken, Rosengarten +4,1 Mio. Franken, Planbarer Unterhalt -1,7 Mio. Franken und diverse Kleinprojekte -1,3 Mio. Franken). Verzögerungen beim 2. Teil der vorgezogenen Hochwasserschutzmassnahmen an der Aare und der günstige Kostenverlauf beim Projekt an der Emme sowie relativ hohe Bundesbeiträge durch Zwischenabrechnungen ergeben Minderausgaben von 4,4 Mio. Franken im Amt für Umwelt. Das Projekt RADAV (amtliche Vermessung) bleibt mit 0,5 Mio. Franken unter dem Voranschlag.

Die Nettoinvestitionen im Strassenbau betragen 28,9 Mio. Franken und fielen damit rund 3,5 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert. Insbesondere die Kleinprojekte blieben mit 5,5 Mio. Franken unter dem Voranschlag. Ebenso liegt das Projekt Entlastung Region Olten (ERO) um 2,1 Mio. Franken unter der geplanten Jahrestenche. Auf der anderen Seite entstanden durch die entsprechenden Projektfortschritte Mehrausgaben von netto 4,1 Mio. Franken bei den Grossprojekten Betonstrassensanierung Kreis II (Oberbuchsiten), Flankierende Massnahmen zur A5, Instandsetzung Strassenviadukt Wangen b.O. und Ersatz Kanalbrücke Obergösgen. Der Saldo der Minderausgaben im Strassenbau wird praktisch ausgeglichen durch die höheren Nettoausgaben für den Öffentlichen Verkehr.

Departement für Bildung und Kultur

In Mio. Franken	RE11	VA12	RE12	Diff. 12
Ausgaben	2,4	2,0	1,9	-0,1
Einnahmen	-1,8	-1,5	-1,6	-0,1
Nettoinvestitionen	0,6	0,5	0,3	-0,2

Die Abnahme der Nettoausgaben und die Zunahme der Nettoeinnahmen um je 0,1 Mio. Franken in der Rechnung ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass weniger Darlehen ausbezahlt und mehr Darlehen zurückbezahlt wurden.

Gegenüber der Rechnung 2011 ist die Abnahme der Ausgaben ebenfalls eine Folge von weniger Darlehen. Höheres steuerbares Einkommen, welches zu höheren Elternbeiträgen führt, hat tiefere Darlehen zur Folge. Die Darlehensnehmer schöpfen für die Rückzahlung die ganze Frist aus. Deshalb lagen die Einnahmen tiefer als im 2011.



Finanzdepartement

In Mio. Franken	RE11	VA12	RE12	Diff. 12
Ausgaben	11,5	5,6	5,1	-0,5
Einnahmen	-1,5	0	0	0
Nettoinvestitionen	10,0	5,6	5,1	-0,5

Die höheren Ausgaben im Vorjahr sind begründet durch die Einführung der neuen Büroautomations- und Kommunikationsumgebung mit Office und Exchange/Outlook 2010. Das Projekt und die notwendigen Mittel dazu wurden mit Nachtragskredit im März 2011 durch den Kantonsrat bewilligt.

Die Investitionseinnahmen 2011 von 1,5 Mio. Franken ergaben sich aus der Rückzahlung der Beteiligung der Nationalstrassen Nordwestschweiz (NSNW) AG.

Departement des Innern

In Mio. Franken	RE11	VA12	RE12	Diff. 12
Ausgaben	2,4	1,7	1,8	0,1
Einnahmen	0	0	0	0
Nettoinvestitionen	2,4	1,7	1,8	0,1

Die Investitionsrechnung bleibt mit Nettoausgaben von 1,8 Mio. Franken um 0,1 Mio. Franken über dem Voranschlag. Der Grund liegt bei Projekten der Polizei aus dem Jahre 2011, die erst 2012 abgeschlossen werden konnten.

Volkswirtschaftsdepartement

In Mio. Franken	RE11	VA12	RE12	Diff. 12
Ausgaben	8,2	9,0	10,6	1,6
Einnahmen	-4,4	-4,9	-2,4	2,5
Nettoinvestitionen	3,8	4,1	8,2	4,1

Im Amt für Landwirtschaft wird unter HRM2 der Kantons- und Bundesbeitrag bei den Einzelbetrieblichen Massnahmen nicht mehr auf unterschiedlichen Kostenarten ausgewiesen. Somit erscheinen in der Investitionsrechnung nur noch die Auszahlungen (5,0 Mio. Franken), während dem die Beiträge des Bundes (4,7 Mio. Franken) direkt in der Bilanz verbucht werden und deshalb in der obigen Zusammenstellung nicht erscheinen.

Weiter gab es in der Neuen Regionalpolitik (NRP) noch keine Projekte (-0,3 Mio. Franken) und innerhalb des Finanzausgleichs Gemeinden wurden keine Investitionsbeiträge gesprochen (-0,3 Mio. Franken).



1.5 Globalbudgets

Globalbudgetsaldo (in 1'000 Franken)	RE11	VA12	RE12	Diff. RE/VA12	Diff. in %
Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	715,6	727,1	738,1	11,0	1,5
Dienstleistungen der Staatskanzlei	6'750,0	7'587,4	6'966,0	-621,3	-8,2
Drucksachen und Lehrmittel	1'939,3	2'653,1	2'317,4	-335,7	-12,7
Führungsunterstützung BJD	2'748,4	2'875,6	2'875,0	-0,6	0,0
Raumplanung	2'788,6	2'955,3	2'820,2	-135,1	-4,6
Hochbau	29'466,9	27'361,9	27'317,5	-44,4	-0,2
Strassenbau	29'991,4	30'253,6	29'050,5	-1'203,0	-4,0
Öffentlicher Verkehr	32'435,9	36'314,9	31'315,3	-4'999,6	-13,8
Umwelt	11'784,4	11'999,2	9'633,3	-2'365,9	-19,7
Denkmalpflege und Archäologie	2'754,4	3'032,3	2'966,9	-65,4	-2,2
Geoinformation	1'391,6	3'384,9	2'362,5	-1'022,4	-30,2
Jugendanwaltschaft	6'380,6	6'373,3	6'090,4	-282,8	-4,4
Staatsanwaltschaft	3'484,8	4'517,5	4'324,9	-192,6	-4,3
Führungsunterstützung DBK	10'116,1	11'065,2	10'342,6	-722,7	-6,5
Volksschulen	15'241,1	20'848,2	19'350,0	-1'498,2	-7,2
Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen	6'850,2	7'663,5	7'120,3	-543,2	-7,1
Kultur und Sport	6'481,6	6'948,6	6'711,4	-237,2	-3,4
Mittelschulbildung	40'066,4	40'640,1	34'982,7	-5'657,3	-13,9
Fachhochschulbildung	33'049,0	33'868,0	32'673,3	-1'194,7	-3,5
Berufsschulbildung	35'201,8	36'452,2	36'218,6	-233,6	-0,6
Führungsunterstützung FD und Amtschreibereiaufsicht	1'524,6	1'51,6	1'518,4	-73,2	-4,6
Finanzen und Statistik	561,3	1'083,0	356,8	-726,2	-67,1
Personalwesen	3'491,0	4'275,1	3'658,4	-616,7	-14,4
Steuerwesen	14'027,5	14'305,3	14'295,9	-9,4	-0,1
Informationstechnologie	9'825,6	16'242,9	14'633,1	-1'609,9	-9,9
Amtschreiberei-Dienstleistungen	-13'209,4	-8'988,4	-13'315,5	-4'327,2	48,1
Staatsaufsichtswesen	911,5	965,8	935,5	-30,2	-3,1
Gesundheit	5'708,8	6'205,8	5'623,7	-582,1	-9,4
soH	223'290,0	56'419,5	54'155,0	-2'264,5	-4,0
Soziale Sicherheit	8'064,0	8'401,5	8'634,9	233,4	2,8
öffentliche Sicherheit	957,2	2'367,4	1'954,1	-413,3	-17,5
Administrative und technische Verkehrssicherheit	-1'864,2	-2'040,0	-1'609,0	431,1	-21,1
Justizvollzug	8'780,5	10'771,8	7'616,9	-3'154,9	-29,3
Polizei	48'782,5	72'944,9	73'534,8	590,0	0,8
Führungsunterstützung VWD und Stiftungsaufsicht	1'418,9	1'745,6	1'364,7	-380,9	-21,8



Wirtschaft und Arbeit	8'328,1	2'978,7	2'431,3	-547,4	-18,4
Energiefachstelle	6'255,2	3'066,6	1'063,6	-2'003,0	-65,3
Gemeinden und Zivilstandsdienst	2'242,1	3'208,7	2'452,5	-756,2	-23,6
Wald, Jagd und Fischerei	2'937,7	3'666,0	2'814,3	-851,8	-23,2
Landwirtschaft	8'774,6	9'471,5	9'090,6	-380,9	-4,0
Militär und Bevölkerungsschutz	7'018,3	6'968,5	6'478,0	-490,6	-7,0
Gerichte	14'441,1	14'544,7	14'535,7	-9,0	-0,1
Total Aufwandüberschuss	641'905,0	527'718,1	488'400,4	-39'317,7	-7,5

1.6 Bruttoentnahmen aus Spezialfinanzierungen

Spezialfinanzierung (in 1'000 Franken)	RE11	VA12	RE12	Diff. RE/VA12	Diff. in %
Berufliche Vorsorge Mitglieder des RR	925,1	1'013,3	929,7	-83,6	-8,2
Natur- und Heimatschutz	4'478,1	4'957,3	4'551,3	-406,0	-8,2
Strassenbaufonds	98'232,1	69'372,5	68'202,0	-1'170,5	-1,7
Altlastenfonds	358,3	1'300,0	588,4	-711,6	-54,7
Abwasserfonds	2'220,1	4'000,0	1'013,0	-2'987,0	-74,7
Entsorgungsfonds	53,1	50,0	40,2	-9,8	-19,6
Deponienachsorgefonds	141,7	60,0	455,3	395,3	658,8
Unfallkasse	61,0	60,1	60,1	0,0	0,0
Krankentaggeldversicherung GAV	1'676,6	1'325,4	1'053,8	-271,6	-20,5
Finanzausgleich der Einwohnergemeinden	30'732,3	30'385,0	30'091,2	-293,8	-1,0
Finanzausgleich der Kirchgemeinden	14'272,2	10'930,0	11'825,1	895,1	8,2
Forstfonds	496,9	640,0	535,8	-104,2	-16,3
Jagd- und Fischereifonds	1'148,3	1'130,6	1'086,7	-43,9	-3,9
Zufahrt zu Berghöfen	649,7	650,0	650,0	0,0	0,0
Tierseuchenkasse	979,9	1'197,2	1'029,9	-167,3	-14,0
Total Bruttoentnahmen	156'425,4	127'071,4	122'112,5	-4'958,9	-3,9

2.

Rahmenbedingungen

Materiell waren vor allem die folgenden finanzpolitischen Bedingungen und Budgetbeschlüsse zu berücksichtigen:

Wirtschaftswachstum 2012

Die schweizerische Konjunktur wurde 2012 durch das ungünstige aussenwirtschaftliche Wirtschafts- und Währungsumfeld zwar gebremst, jedoch nicht zum Erliegen gebracht. Nach wechselhaftem Quartalsverlauf rechnet das SECO, Staatssekretariat für Wirtschaft, für das Gesamtjahr 2012 mit einem Wirtschaftswachstum von 1,0 Prozent. Dies ist weniger als in den vorangegangenen Jahren, aber deutlich entfernt von einer Rezession, wie sie viele Euro-Länder verzeichnen. Die Aussichten für den Arbeitsmarkt haben sich etwas getrübt. Der leichte Anstieg der Arbeitslosigkeit, der Anfang 2012 einsetzte, ist auf die schwächelnde Konjunktur in den meisten europäischen Staaten zurückzuführen. Im Jahresdurchschnitt rechnet die Expertengruppe mit einer Arbeitslosenquote von 2,9 Prozent für 2012. Im Kanton Solothurn kletterte die Arbeitslosenquote im Dezember 2012 von 2,7 Prozent auf 2,9 Prozent. Im Jahresdurchschnitt betrug die Quote 2,4 Prozent. Die Konsumteuerung in der Schweiz blieb 2012 negativ und die durchschnittliche Jahresteuierung betrug -0,7 Prozent.

Staatssteuer

Im Jahr 2012 wurde eine Staatssteuer von 100 Prozent für die natürlichen Personen und 104 Prozent für die juristischen Personen erhoben.

Treibstoffzollanteil, LSVA und Globalbudgetbeiträge Hauptstrassen

Der Allgemeine Treibstoffzollanteil von 11,6 Mio. Franken (Vorjahr: 11,9 Mio. Franken) sowie der Ertrag aus der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) von 13,1 Mio. Franken (Vorjahr: 13,5 Mio. Franken) und den Globalbudgetbeiträgen des Bundes an die Hauptstrassen gemäss NFA von 0,8 Mio. Franken (Vorjahr: 0,9 Mio. Franken) wurden vollumfänglich der Spezialfinanzierung «Strassenbaufonds» zugewiesen.

Löhne

Im Jahr 2011 haben die Vertragsparteien, gestützt auf Artikel 17 des Gesamtarbeitsvertrages (GAV), über die Lohnentwicklung für 2012 verhandelt. Die Gesamtarbeitsvertragskommission (GAVKO) hat sich nach längeren Verhandlungen auf eine Erhöhung der Löhne für das Staatspersonal und die Lehrpersonen an den Volksschulen um 0,5 Prozent auf der Basis der im Jahre 2011 ausgerichteten Löhne ab dem 1. Januar 2012 geeinigt. Der Regierungsrat hat diesem in der GAVKO erzielten Verhandlungsergebnis am 13. September 2011 (RRB Nr. 2011/1962) zugestimmt. Die daraus folgenden Mehrkosten betragen rund 3,6 Mio. Franken.



Rückstellungen

Mit dem Rechnungsabschluss wurden folgende Rückstellungen vermindert oder aufgelöst:

- Rückstellung PKSO Deckungslücke, Anteil Kanton – 42,2 Mio. Franken
- Rückstellungen soH – 4,7 Mio. Franken
- Rückstellungen AWA Verpflichtung Energieförderprogramm – 1,5 Mio. Franken

Per Saldo reduzierten sich die Rückstellungen von 515,6 Mio. Franken per 1. Januar 2012 um 48,3 Mio. Franken auf 467,3 Mio. Franken per 31. Dezember 2012.

Verzinsung Spezialfinanzierung

Im Rechnungsjahr 2012 wurde, wie bereits in den Vorjahren, auf die Verzinsung der Spezialfinanzierungen verzichtet, soweit das Gesetz im Einzelfall nicht zwingend eine Verzinsung vorschreibt.

Formelle Grundlage

Formell richtet sich der Geschäftsbericht 2012 nach der per 1. Januar 2005 in Kraft getretenen WoV-Gesetzgebung (Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1)). Für den Geschäftsbericht findet insbesondere § 24 WoV-G Anwendung.

3.

Die grössten Aufwandpositionen

3.1 Besoldungskosten

Der Voranschlag 2012 enthält eine Lohnerhöhung von 0,5 Prozent. Dies führte zu einer Erhöhung der Besoldungskosten der Verwaltung, kantonalen Schulen, Anstalten und Gerichte von rund 1,7 Mio. Franken (ohne Sozialversicherungsbeiträge), die in den Budgets der Dienststellen enthalten sind. Die Besoldungen der Spitäler und der Fachhochschule sind in den Staatsbeiträgen an die Spitäler bzw. an die Fachhochschule enthalten.

Departement	Voranschlag 2012	Rechnung 2012	Differenz in Franken	Differenz in %
Behörden	2'719'417	2'806'813	87'396	3,2
Staatskanzlei	4'470'787	4'264'177	-206'670	-4,6
Bau und Justiz	42'103'013	41'041'468	-1'061'545	-2,5
Bildung und Kultur				
– Lehrkräfte	74'432'813	75'116'988	684'175	0,9
– Verwaltungspersonal	27'756'323	27'566'992	-189'331	-0,7
Finanz	51'671'011	50'500'693	-1'170'317	-2,3
Inneres	93'095'780	92'621'133	-474'647	-0,5
Volkswirtschaft	33'353'910	32'851'881	-968'029	-2,9
Gerichte				
– Richter	5'045'368	4'793'288	-252'080	-5,0
– Verwaltungspersonal	9'798'077	9'507'316	-209'761	-3,0
Total Besoldungen	344'446'499	340'604'690	-3'841'808	-1,1

Die obige Tabelle zeigt bei den Besoldungen gegenüber dem Voranschlag eine Abnahme von 3,8 Mio. Franken oder 1,1 Prozent, die sich auf verschiedene Positionen verteilt.

- Im Bereich Behörden sind Mehrkosten bei den ausbezahlten KR-Sitzungsgeldern entstanden (höhere Anzahl Sessionshalbtage).
- Der Minderaufwand von 4,6 Prozent bei der Staatskanzlei ist auf die geringere Anzahl Rechtspraktikanten und eine 50 Prozent-Vakanz im Staatsarchiv zurückzuführen.
- Vorläufiger Verzicht oder später als geplante Neueinstellungen in verschiedenen Ämtern des Bau- und Justizdepartementes, insbesondere des Amtes für Geoinformation führten zu leicht geringeren Besoldungskosten (siehe auch Pensensübersicht unter 3.1.1). Nach wie vor ist es schwierig Fachspezialisten zeitgerecht zu ersetzen (Amt für Verkehr und Tiefbau, Amt für Umwelt). Die häufigere Anstellung von vergleichsweise jungen für pensionierte Mitarbeitende, führt gegenüber der Planung zu einem tieferen Personalaufwand, welcher durch die automatischen Lohnanstiege in den kommenden Jahren wieder aufgeholt wird.
- Im Finanzdepartement verteilt sich der Minderaufwand zum Voranschlag auf praktisch alle Ämter.



- Der Minderaufwand im Volkswirtschaftsdepartement resultiert hauptsächlich aus den vom Bund finanzierten Bereichen Arbeitslosenkasse und Arbeitsmarkt (-0,6 Mio. Franken).
- Die Abweichungen zum Budget bei den Gerichten entstanden aus Minderkosten bei den Entschädigungen an Amtsrichter und Ersatzrichter des Obergerichts, «Mutationsgewinnen» und einer nicht vollen Ausschöpfung des Kredits für Aushilfen (Krankheit etc.).

Vergleich der Besoldungskosten Rechnung 2011 / Rechnung 2012

Departement	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Differenz in Franken	Differenz in %
Behörden	2'711'390	2'806'813	95'423	3,5
Staatskanzlei	4'019'191	4'264'177	244'986	6,1
Bau und Justiz	39'404'748	41'041'468	1'636'720	4,2
Bildung und Kultur				
– Lehrkräfte	75'568'449	75'116'988	-451'461	-0,6
– Verwaltungspersonal	26'531'702	27'566'992	1'035'290	3,9
Finanz	49'771'924	50'500'693	728'769	1,5
Inneres	90'341'745	92'621'133	2'279'388	2,5
Volkswirtschaft	33'636'426	32'851'881	-784'545	-2,3
Gerichte				
– Richter	4'612'425	4'793'288	180'863	3,9
– Verwaltungspersonal	9'567'351	9'507'316	-60'035	-0,6
Total Besoldungen	336'165'353	340'604'690	4'439'337	1,3

Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Besoldungsaufwand um insgesamt 4,4 Mio. Franken oder 1,3 Prozent. Die Zunahme ist hauptsächlich auf den erhöhten Personalbestand, die gewährte Lohnerhöhung per 1.1.2012 von 0,5 Prozent und Stufenanstiege zurückzuführen.

- Im Bereich Behörden sind insbesondere Mehrkosten bei den ausbezahlten KR-Sitzungsgeldern entstanden (überdurchschnittlich hohe Anzahl Sessionshalbtage).
- Die Zunahme des Besoldungsaufwands in der Staatskanzlei um 6,1 Prozent ist eine Folge der Erhöhung der personellen Ressourcen im Herbst 2011 um 1,7 Pensen (Leitung E-Government und IT-Koordination, juristische Fallbearbeitung Staatshaftung Spitalbereich, Datenschutz) bzw. der Wiederbesetzung der im 2011 vakanten Stelle des Informations- und Datenschutzbeauftragten.
- Mit Ausnahme des Amtes für Geoinformation und der Jugendanwaltschaft verzeichneten alle Dienststellen des Bau- und Justizdepartementes leicht höhere Besoldungskosten als im Vorjahr, neben der gewährten Lohnerhöhung von 0,5 Prozent und Stufenanstiegen, verursacht durch die adäquate Wiederbesetzung von Vakanz und einzelner neu geschaffener Stellen (Staatsanwaltschaft).

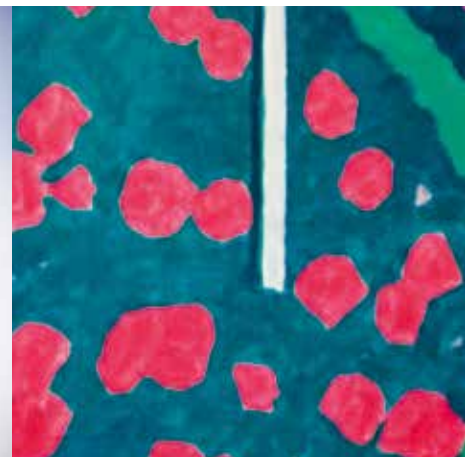


- Der Minderaufwand bei Lehrkräften sowie der Mehraufwand beim Verwaltungspersonal sind insbesondere auf die neuen Führungsstrukturen an den Mittelschulen zurückzuführen. Schulleitungspersonen werden neu unter Verwaltungspersonal geführt (0,8 Mio. Franken). Mehr Schüler und die Auszahlung von Überpensen führten zusätzlich zu einem Mehraufwand. Im Berufsbildungsbereich wurde das Weiterbildungszentrum Gesundheit per 31.7.2012 aufgelöst und die privatisierte Höhere Fachschule für Technik Mittelland AG hat am 1.8.2012 ihren Betrieb aufgenommen. Ab diesem Zeitpunkt werden keine Löhne, sondern ein Betriebsbeitrag ausgerichtet. Weiter wurde mit dem Kantonsratsbeschluss SGB 148a/2011 am 7.12.2011 eine Pensenerhöhung um 50 Prozent für die Koordinationsstelle Kulturvermittlung und das Kunstinventar beschlossen. Die Dienstleistungen der Mitarbeiterinnen Schloss Waldegg zugunsten des Amtes für Kultur werden ab 2012 über Besoldungen und nicht mehr über Dienstleistungen verbucht.
- Hauptgründe für die Zunahme um 2,3 Mio. Franken im Departement des Innern sind höhere Personalkosten im Bereich der Polizei (+1,5 Mio. Franken), im Bereich des Amtes für Soziale Sicherheit (+0,4 Mio. Franken, Aufbau der neuen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde) sowie bei der Motorfahrzeugkontrolle (+0,2 Mio. Franken).
- Der Mehraufwand bei den Richterlöhnen entstand durch Stufenanstiege (erstinstanzliche Richter) und höhere Ausschöpfung der Kredite für Amtsrichter und Ersatzrichter des Obergerichts.

3.1.1 Pensenübersicht

In der folgenden Tabelle wird die Veränderung der Stellenprozente pro Globalbudget gegenüber dem Vorjahr ersichtlich. Dazu zählen alle Mitarbeitenden und Lehrpersonen, welche unbefristet, befristet oder stundenweise mit variablem Pensum angestellt sind.

GB-Name	31.12.2011	31.12.2012	absolut	in %
Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	3,8	3,8	0,0	1,3
Dienstleistungen der Staatskanzlei	26,2	26,1	-0,1	-0,4
Drucksachen / Lehrmittel	7,0	7,0	0,0	0,0
Total Behörden/ Staatskanzlei	37,0	36,9	0,0	-0,1
Führungsunterstützung BJD	14,8	14,8	0,0	0,0
Raumplanung	18,6	20,2	1,6	8,6
Hochbau	28,5	28,4	-0,1	-0,4
Strassenbau	121,2	121,9	0,7	0,6
Öffentlicher Verkehr	3,0	3,0	0,0	0,0
Umwelt	54,4	55,8	1,4	2,6
Denkmalpflege und Archäologie	12,3	13,8	1,5	12,2
Geoinformation	9,7	10,4	0,7	7,2
Jugendanwaltschaft	8,4	7,5	-0,9	-10,7
Staatsanwaltschaft	57,0	59,2	2,2	3,9
Total Bau- und Justizdepartement	327,9	335,0	7,1	2,2



Führungsunterstützung DBK	14,0	14,1	0,1	0,7
Volksschulen	50,9	48,1	-2,8	-5,5
Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen	38,1	38,0	-0,1	-0,3
Kultur und Sport	17,5	18,5	1,0	5,7
Mittelschulbildung	290,3	289,9	-0,4	-0,1
Berufsschulbildung	314,1	307,9	-6,2	-2,0
Total Departement Bildung und Kultur	724,9	716,5	-8,4	-1,2
Führungsunterstützung FD und Amtschreibereiaufsicht	10,2	10,2	0,0	0,0
Finanzen und Statistik	16,6	15,7	-0,9	-5,4
Personalwesen	14,7	14,5	-0,2	-1,4
Steuerwesen	185,0	188,2	3,2	1,7
Informationstechnologie	44,9	47,7	2,8	6,2
Amtschreiberei-Dienstleistungen	178,4	182,0	3,6	2,0
Staatsaufsichtswesen	6,6	6,6	0,0	0,0
Total Finanzdepartement	456,4	464,9	8,5	1,9
Gesundheit	35,4	34,4	-1,0	-2,8
Soziale Sicherheit	60,2	70,0	9,8	16,3
Öffentliche Sicherheit	50,7	52,2	1,5	3,0
Administrative und technische Verkehrssicherheit	97,4	98,7	1,3	1,3
Justizvollzug	151,5	156,0	4,5	3,0
Polizei	481,6	493,0	11,4	2,4
Total Departement des Innern	876,8	904,3	27,5	3,1
Führungsunterstützung VWD	10,1	9,6	-0,5	-5,0
Wirtschaft und Arbeit	138,7	133,3	-5,4	-3,9
Energiefachstelle	4,7	4,2	-0,5	-10,6
Gemeinden und Zivilstandsdienst	33,5	32,6	-0,9	-2,7
Wald, Jagd und Fischerei	14,3	14,2	-0,1	-0,7
Landwirtschaft	61,4	64,3	2,9	4,7
Militär und Bevölkerungsschutz	37,0	37,2	0,2	0,5
Total Volkswirtschaftsdepartement	299,7	295,4	-4,3	-1,4
Gerichte	109,8	113,7	3,9	3,6
Total Gerichte	109,8	113,7	3,9	3,6
Total Globalbudgets	2'832,5	2'866,7	34,3	1,2



Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Pensenbestand um insgesamt 34,3 Pensen oder 1,2 Prozent. Die Zunahme ist hauptsächlich auf die beiden folgenden Globalbudgets zurückzuführen.

- Die Pensenerhöhung von 9,8 Pensen im Amt für Soziale Sicherheit ist auf den Aufbau der neuen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (+7,5 Pensen) zurückzuführen.
- Bei der Polizei sind in der Erhöhung von 11,4 Pensen 9 Polizeischüler/innen eingeschlossen.

3.1.2 Beiträge an die Pensionskasse und die Sozialversicherungen

Die Beiträge an die staatliche Pensionskasse und die Sozialversicherungen sind den Dienststellen zugewiesen. Der Gesamtbetrag beträgt 69,5 Mio. Franken (Vorjahr 68,8 Mio. Franken). Das sind 20,4 Prozent der Bruttobesoldungen (Vorjahr 20,5 Prozent).

3.2 Nettoaufwand für einzelne Schultypen

Die folgende Tabelle orientiert über den Netto-Aufwand für die einzelnen Schultypen (in 1'000 Franken).

Jahr	Volksschule	Mittelschule	Berufsschule	Fachhochschule	Universität	Total
2008	162'517	49'963	46'705	82'126 ¹	27'396	368'707
2009	179'884	53'564	46'984	30'658	28'108	339'198
2010	179'077	50'741	49'875 ²	30'489 ³	29'055	339'237
2011	201'942	51'615	46'408	31'581	30'056	361'602
2012	194'516	46'493	47'279	32'673	30'272	351'233

1 Inkl. Bildung einer Rückstellung von 48,4 Mio. Franken für die Schliessung der Deckungslücke der Kantonalen Pensionskasse Solothurn für die Versicherten der Fachhochschule Nordwestschweiz Solothurn und der Pädagogischen Fachhochschule Solothurn gemäss Kantonsratsbeschlüssen SGB 229/2004 vom 4.5.2005 und SGB 090/2009 vom 23.6.2009.

2 Inkl. Bildung einer Rückstellung von 3,8 Mio. Franken für die Schliessung der Deckungslücke der Kantonalen Pensionskasse Solothurn für die beabsichtigte Privatisierung und Fusion der Höheren Fachschulen Technik in Grenchen und Biel (RRB Nr. 2010/705 vom 20.4.2010).

3 Inkl. Auflösung der Rückstellung von 4,1 Mio. Franken für die Schliessung der Deckungslücke der Kantonalen Pensionskasse Solothurn.

Gegenüber dem Vorjahr ist der Aufwand im Schulbereich um 10,4 Mio. Franken zurückgegangen. Die Abweichungen in den einzelnen Sparten sind vor allem auf folgendes zurückzuführen:

- Im Bereich der Volksschulen ist der Minderaufwand von 7,4 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr vorwiegend darauf zurückzuführen, dass im 2011 die Beiträge an Kindergärten und Musikschulen abgegrenzt wurden, d.h. sie waren in der Rechnung 2011 doppelt ausgewiesen (ca. 15 Mio. Franken). Diesem Minderaufwand steht ein Mehraufwand von rund 7,5 Mio. Franken gegenüber (Transfer der Lehrkräfteweiterbildung aus dem Globalbudget Fachhochschule ins Globalbudget Volksschule, Umsetzung der Sek I Reform, Einführung Frühfremdsprachen, regionale Kleinklassen, Leistungschecks, Abschlusszertifikat, regionale Kleinklassen).



- Im Bereich der Mittelschulen ist der Rückgang um 5,1 Mio. Franken vorwiegend die Folge der Einführung von HRM2. Im 2012 wurden einmalig Beiträge der Gemeinden an die Sek P für 12 Monate des Schuljahres 2011/2012 sowie 5 Monate des Schuljahres 2012/2013 verbucht.
- Im Bereich der Berufsschulen beruht der Anstieg um 0,9 Mio. Franken hauptsächlich auf tieferen Erträgen von ausserkantonalen Schülern am Bildungszentrum Gesundheit und Soziales. Die altrechtlichen Ausbildungsgänge sind ausgelaufen.
- Bei der Fachhochschule ist ein Anstieg von 1,1 Mio. Franken feststellbar. Er entspricht dem vierkantonalen Leistungsauftrag, der vom Kantonsrat mit SGB 090a/2011 am 7.12.2011 beschlossen worden ist.
- Bei den Universitäten ist der Mehraufwand auf mehr Studierende zurückzuführen.

3.3 Nettoverschuldung und Zinsendienst

3.3.1 Nettoverschuldung

Die Nettoverschuldung – verstanden als Differenz zwischen den gesamten fremden Mitteln (kurz-, mittel- und langfristigem Fremdkapital sowie Verpflichtungen für Spezialfinanzierungen) einerseits und dem Finanzvermögen (frei verfügbare flüssige Mittel, Guthaben, Anlagen) andererseits – hat sich wie folgt entwickelt:

Nettoverschuldung (in Mio. Franken)	2008	2009	2010	2011	2012
Fremdkapital*					
inkl. Spezialfinanzierungen FK	1'133,3	1'021,9	924,7	815,5	1'537,5
Spezialfinanzierungen (netto)	46,4	55,0	34,3	17,7	-
Total fremde Mittel	1'179,7	1'076,9	959,0	833,2	1'537,5
./. Finanzvermögen	1'006,4	1'062,3	1'001,7	857,0	1'081,3
Nettoverschuldung	173,3	14,6	-42,7	-23,8	456,2

* ohne Darlehen der landwirtschaftlichen Kreditkasse (2012 total 76,5 Mio. Franken)

Die grosse Zunahme der Nettoverschuldung im 2012 ist weitgehend auf die Passivierung des Kantonsanteils an der Deckungslücke der Pensionskasse zurückzuführen (Stand per 31.12.2012: 444,8 Mio. Franken). Diese Passivierung wurde anlässlich der Umstellung auf HRM2 und der dazugehörigen Bilanzbereinigung per 1.1.2012 vorgenommen.



3.3.2 Nettozinsaufwand

Für die Berechnung des Nettozinsaufwandes werden den Passivzinsen die Vermögenserträge gemäss volkswirtschaftlicher Gliederung gegenübergestellt. Die Entwicklung seit 2008 präsentiert sich wie folgt:

Zinsendienst (in Mio. Franken)	2008	2009	2010	2011	2012
Passivzinsen	34,6	27,2	22,6	15,9	15,1
Vermögenserträge*	22,6	31,7	30,2	27,3	13,2
Nettozinsaufwand bzw. -ertrag	12,0	-4,5	-7,6	-11,4	1,9
Total Staatssteuern	762,9	797,0	794,7	772,6	750,2
Nettozinsaufwand in % Staatssteuern	1,6	-0,6	-1,0	-1,5	0,3

* Exkl. Buchgewinne

Im Jahr 2012 wird ein Nettozinsaufwand von 1,9 Mio. Franken ausgewiesen (2011: Nettozinsenertrag 11,4 Mio. Franken). Dies entspricht einer Verschlechterung von 13,3 Mio. Franken. Diese negative Entwicklung ist vor allem auf den starken Rückgang der Alpiq-Dividenden im Jahr 2012 (-10,2 Mio. Franken) zurückzuführen.

3.4 Abschreibungen

3.4.1 Verwaltungsvermögen

Die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen werden aufgrund des Standes am 31. Dezember 2012, d.h. nach den Aktivierungen, vorgenommen. Das den Abschreibungen unterliegende Verwaltungsvermögen wird in der Bilanz unter den Positionen Sachgüter, bedingt rückzahlbare Darlehen Öffentlicher Verkehr und Investitionsbeiträge ausgewiesen. Das abzuschreibende Verwaltungsvermögen veränderte sich 2012 wie folgt:

Abschreibungen Verwaltungsvermögen in Mio. Franken	2011	2012
Abzuschreibendes Verwaltungsvermögen per 1. Januar 2012 (HRM1)	327,7	369,6
Aufwertungen VV infolge Übergang auf HRM2 per 1.1.2012	-	911,7
Abzuschreibende Nettoinvestitionen laufendes Jahr	83,0	119,9
Verwaltungsvermögen per Ende Rechnungsjahr vor Abschreibungen	410,7	1'401,2
Ordentliche Abschreibungen (2011 ohne Spezialfinanzierungen)	41,1	61,7
Restbuchwert per 31. Dezember 2012	369,6	1'339,5



Mit HRM2 wird das Verwaltungsvermögen im Gegensatz zur früheren Abschreibungspraxis von 10 Prozent bzw. 100 Prozent bei Spezialfinanzierungen neu linear auf der Basis der Nutzungsdauer je Anlagekategorie abgeschrieben. Zusätzliche Abschreibungen werden nicht zugelassen. In der Staatsrechnung 2012 wurden auf dem Verwaltungsvermögen ordentliche Abschreibungen von insgesamt 61,7 Mio. Franken vorgenommen. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

Abschreibungen Verwaltungsvermögen	45,0
Abschreibungen Spezialfinanzierungen	16,7
Total Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen	61,7

Der Gesamtabschreibungssatz des Verwaltungsvermögens wird wie folgt berechnet:

Total abzuschreibende Aktiven	1'401,2
Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen	61,7
Gesamtabschreibungssatz in % = (61,7 Mio. Franken x 100) / 1'401,2 Mio. Franken	4,4

3.4.2 Finanzvermögen

Die Abschreibungen auf dem Finanzvermögen erreichen im Rechnungsjahr den Betrag von 20,8 Mio. Franken (Vorjahr: 20,1 Mio. Franken). Daran partizipieren nebst Strafverfolgung und Justizadministration (2,8 Mio. Franken), Gerichten (1,3 Mio. Franken) und Motorfahrzeugkontrolle (0,2 Mio. Franken) vor allem das Steueramt mit folgenden Verlusten von insgesamt 16,3 Mio. Franken:

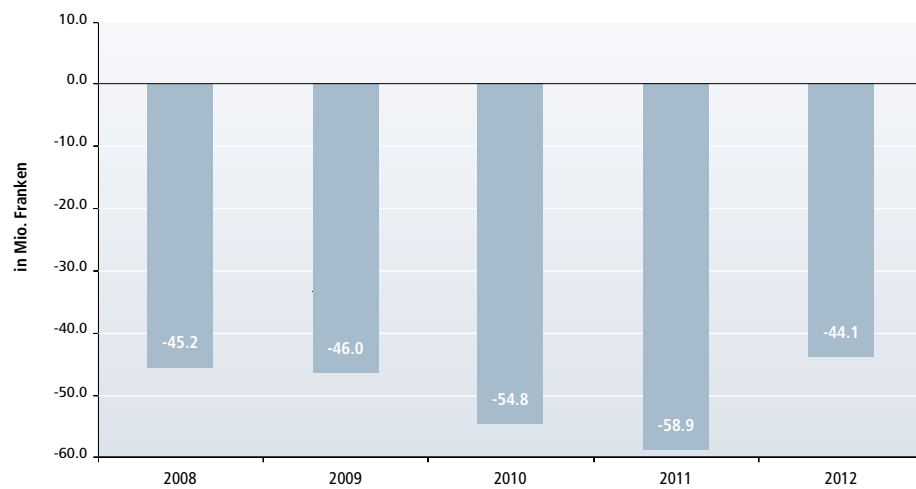
	Mio. Franken
Erlassene Staatssteuern Natürlichen Personen	0,8
Uneinbringliche Staatssteuern Natürlichen Personen	14,2
Erlassene und uneinbringliche Staatssteuern Juristischen Personen	0,3
Erlassene und uneinbringliche Sondersteuern	1,0
Total	16,3

Die auf den Staatssteuern abgeschriebenene Beträge machen 2,3 Prozent des gesamten Staatssteuerertrages aus und liegen damit über dem Vorjahr (2011: 1,9 Prozent).



3.5 Strassenbaufonds in Mio. Franken

- Verlustvortrag bzw. + Eigenkapital

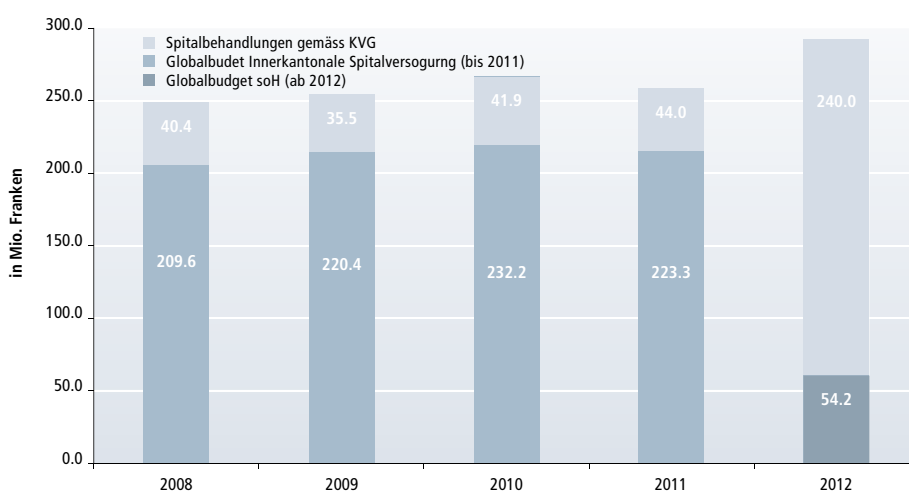


Die Ausgaben im Strassenbau sind über die Spezialfinanzierung «Strassenbaufonds» gedeckt. Trotz der intensiven Bautätigkeiten im Zusammenhang mit dem Baufortschritt im Projekt «Entlastung Region Olten» (ERO) nimmt die Verschuldung der Spezialfinanzierung im Jahr 2012 um 14,8 Mio. Franken ab. Die Fondsverschuldung sinkt per Ende Jahr von 58,9 Mio. Franken auf 44,1 Mio. Franken. Der Strassenbaufonds ohne die Gesamtverkehrsprojekte (GVP) weist per 31.12.2012 ein Eigenkapital von 50,0 Mio. Franken aus. Hingegen beträgt der Bilanzfehlbetrag bei den Gesamtverkehrsprojekten 94,1 Mio. Franken.



3.6 Gesundheitskosten

Spitalversorgung in Mio. Franken



Im Bereich der Spitalversorgung hat die per 1. Januar 2012 erfolgte KVG-Revision (neue Spitalfinanzierung) erhebliche Auswirkungen auf die Finanzgrösse «Spitalbehandlungen gemäss KVG». Neu werden für die akuten stationären Spitalbehandlungen nicht mehr die ausgewiesenen Kosten vergütet, sondern von vornherein vereinbarte, diagnosebezogene Fallpauschalen (SwissDRG). Als Folge der KVG-Revision werden auch die stationären Spitalbehandlungen in der Solothurner Spitäler AG (soH) über die Finanzgrösse «Spitalbehandlungen gemäss KVG» abgerechnet. Die Kantone müssen sich neu in allen Spitälern, die auf der Spitalliste eines Kantons aufgeführt sind, anteilmässig an den Kosten der stationären Behandlungen beteiligen. Zudem hat die finanzielle Beteiligung unabhängig davon zu erfolgen, ob es sich um öffentliche oder private Spitäler handelt. Aus diesen Gründen sind die Kosten der «Spitalbehandlungen gemäss KVG» für den Kanton Solothurn 2012 auf 240 Mio. Franken gestiegen.

Das Globalbudget der soH umfasst nur noch die gemeinwirtschaftlichen Leistungen sowie besondere Leistungsaufträge an die soH (54,2 Mio. Franken). Zudem wurden in der Rechnung 2012 der soH ausserhalb des Globalbudgets die Rückstellungen aufgrund der Teilliquidation der Pensionskasse wegen der Schliessung der Klinik Allerheiligenberg um 1,8 Mio. Franken erhöht sowie der Nettoaufwand für den Übertritt/Einkauf von Mitarbeitenden der soH in die Kantonale Pensionskasse mit 2,5 Mio. Franken (Bruttokosten von 9 Mio. Franken vermindert durch Auflösung der Rückstellung von 6,5 Mio. Franken) berücksichtigt.

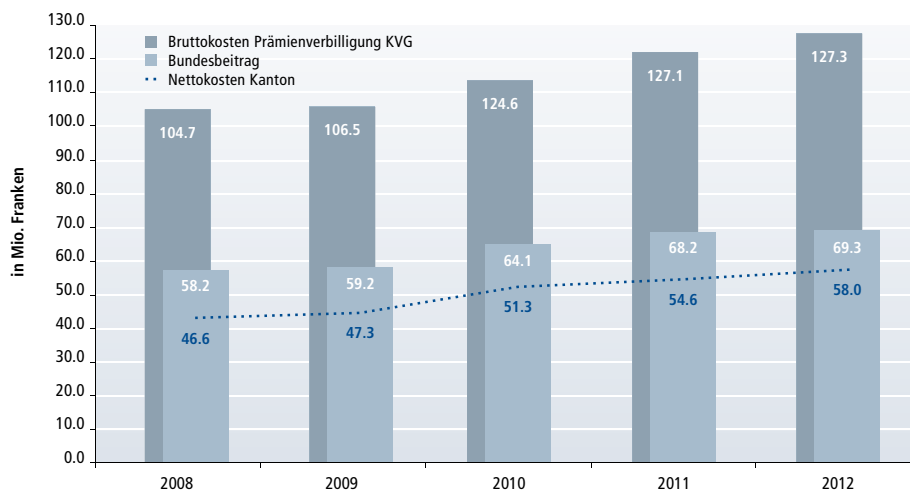


3.7 Soziale Sicherheit

Die Bruttoaufwendungen für die soziale Sicherheit betragen 2012 424,7 Mio. Franken (davon 9,1 Mio. Franken Globalbudget Soziale Sicherheit). Diesen Aufwendungen stehen Erträge von 208,5 Mio. Franken gegenüber, woraus sich eine Nettobelastung von 216,2 Mio. Franken ergibt.

- Der Nettoaufwand für Sozialintegration und Prävention beträgt 0,6 Mio. Franken (Voranschlag 2012: 0,6 Mio. Franken; Rechnung 2011: 0,6 Mio. Franken).
- Die sozialen Institutionen belasteten den Kanton netto mit 26,9 Mio. Franken für Beiträge an ausserkantonale Behindertenwohnheime und innerkantonale Werkstätten (Voranschlag 2012: 22,0 Mio. Franken; Rechnung 2011: 24,5 Mio. Franken).
- Der Nettoaufwand für Sozialversicherungen und Ergänzungshilfen beträgt 206,5 Mio. Franken (Voranschlag 2012: 198,4 Mio. Franken; Rechnung 2011: 177,6 Mio. Franken). Die grössten Positionen sind die Individuelle Prämienverbilligung nach KVG und die Ergänzungsleistungen AHV und IV.

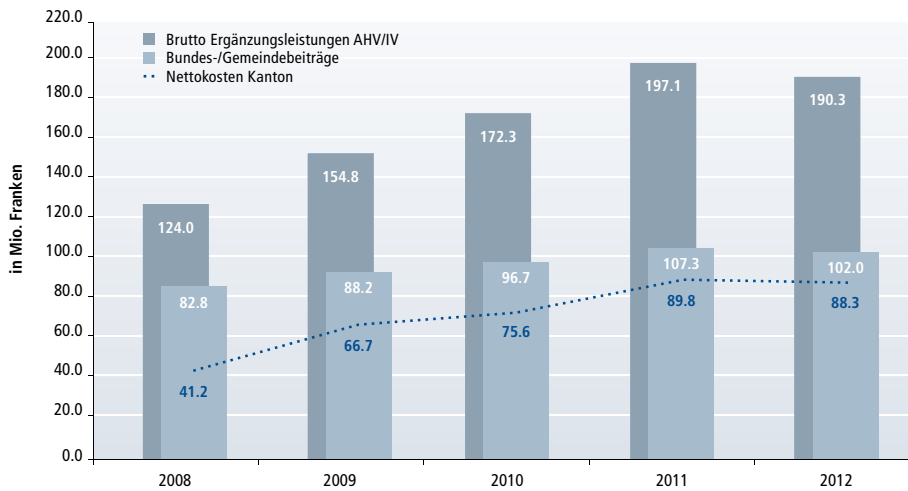
Prämienverbilligung nach KVG in Mio. Franken



Für die Prämienverbilligung an die Versicherten gemäss KVG wurden 127,3 Mio. Franken (Vorjahr: 122,8 Mio. Franken) aufgewendet. Der Bundesbeitrag an den Aufwand betrug 69,3 Mio. Franken (Vorjahr: 68,2 Mio. Franken), ins Ausgleichskonto IPV (Individuelle Prämienverbilligung) wurden 2,1 Mio. Franken eingelegt. Es resultiert eine Nettobelastung für den Kanton von 58,0 Mio. Franken (Vorjahr: 54,6 Mio. Franken). Die Verwaltungskosten IPV betragen 2,6 Mio. Franken.



Ergänzungsleistungen AHV/IV in Mio. Franken



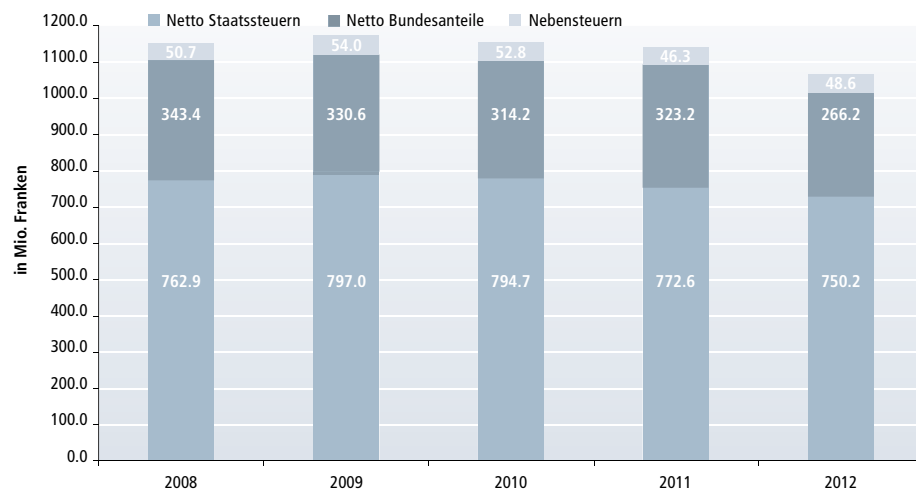
Für die Ergänzungsleistungen AHV und IV beträgt der Aufwand 2012 insgesamt 190,3 Mio. Franken. Aus Ergänzungsleistungen zur AHV mit einem Aufwand von 79,6 Mio. Franken zu Gunsten privater Haushalte und einem Ertrag aus Beiträgen von Bund und Einwohnergemeinden von 50,9 Mio. Franken bleibt für den Kanton der Saldo von 28,7 Mio. Franken (Voranschlag 2012: 28,9 Mio. Franken; Rechnung 2011: 32,5 Mio. Franken) zu tragen. Die Kosten für die Ergänzungsleistungen AHV sind 2012 aufgrund der per 1.1.2012 eingeführten Pflegefinanzierung gesunken. Die Verwaltungskosten für die EL AHV betragen brutto 3,0 Mio. Franken und belaufen sich für den Kanton netto auf 1,0 Mio. Franken. Aus Ergänzungsleistungen zur IV mit einem Aufwand von 110,7 Mio. Franken zu Gunsten privater Haushalte und einem Ertrag aus Beiträgen von Bund und Einwohnergemeinden über 51,1 Mio. Franken bleibt für den Kanton der Saldo von 59,6 Mio. Franken (Voranschlag 2012: 58,5 Mio. Franken; Rechnung 2011: 57,4 Mio. Franken) zu tragen. Die Verwaltungskosten betragen brutto 2,1 Mio. Franken und belaufen sich für den Kanton auf 0,7 Mio. Franken. Die Aufwendungen für die Ergänzungsleistungen Familien betragen 3,75 Mio. Franken (Voranschlag 2012: 2,0 Mio. Franken; Rechnung 2011: 1,9 Mio. Franken). Die Verwaltungskosten betragen 0,5 Mio. Franken.

Im Fachbereich Sozialhilfe und Asyl werden die kantonalen Erträge aus Rückerstattungen (0,1 Mio. Franken) sowie die Asylrechnung ausgewiesen. In der Asylrechnung steht dem Aufwand (inkl. Verrechnungen und Rückstellungen) von 30,8 Mio. Franken ein Ertrag von 30,8 Mio. Franken gegenüber.

4.

Die grössten Ertragspositionen

Entwicklung wichtigste Erträge in Mio. Franken



Der Rückgang der wichtigsten Erträge um 77,1 Mio. Franken oder 6,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr ist auf Mindererträge bei den Bundesanteilen und den Staatssteuern der natürlichen Personen zurückzuführen. Seit 2009 ist der Gesamtertrag rückläufig und der Ertrag 2012 von 1'065 Mio. Franken bewegt sich in der Höhe des Jahres 2007.

4.1 Bundesanteile

An Bundesanteilen wurden insgesamt 266,2 Mio. Franken vereinnahmt. Damit wurde der budgetierte Betrag von 253,3 Mio. Franken per saldo um 12,9 Mio. Franken übertroffen. Die Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank SNB (21,4 Mio. Franken) überstieg die Mindererträge bei der Direkten Bundessteuer (-6,9 Mio. Franken) und der Verrechnungssteuer (-1,3 Mio. Franken). Zum Zeitpunkt der Budgetierung musste noch damit gerechnet werden, dass die SNB im Jahr 2012 keine Gewinnausschüttung vornehmen wird.

Die Abnahme der Bundesanteile gegenüber dem Vorjahr um 57,0 Mio. Franken ist insbesondere auf die tiefere Gewinnausschüttung der SNB gegenüber den Vorjahren (-32,5 Mio. Franken), die kleinere NFA-Ressourcenausgleichszahlung (-17,1 Mio. Franken) sowie die Mindererträge bei der Direkten Bundessteuer (-5,7 Mio. Franken) und der Verrechnungssteuer (-1,8 Mio. Franken) zurückzuführen.



Der Ertrag aus den Bundesanteilen hat sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

Bundesanteile (in Mio. Franken)	2008	2009	2010	2011	2012
– Ertrag Nationalbank	54,6	54,5	54,2	53,9	21,4
– Direkte Bundessteuer	55,3	53,9	57,4	59,8	54,1
– Verrechnungssteuer	21,0	14,1	15,1	15,6	13,8
– Finanzausgleichsbeitrag ¹	3,8	-	-	-	-
– NFA-Ressourcenausgleich	212,3	211,6	190,9	197,4	180,3
– NFA-Härteaussgleich	-4,1	-4,1	-4,1	-4,1	-4,1
– Anteil EU-Zinsbesteuerung	0,5	0,6	0,4	0,4	0,4
– Rückerstattung CO ₂ -Abgabe ²	-	-	0,4	0,2	0,2
Total	343,4	330,6	314,2	323,2	266,2

1 Der Betrag von 3,8 Mio. Franken im 2008 ist eine einmalige Nachzahlung des Bundes zur Abrechnung 2007 über den Finanzausgleich nach «altem» Recht.

2 Erstmalsige Rückerstattung der CO₂-Abgabe im 2010

4.2 Staatssteuerertrag

Der Ertrag aus den Staatssteuern ist wie folgt in die Erfolgsrechnung eingesetzt worden:

Staatssteuern (in Mio. Franken)	VA 12	RE 12	Diff. in Fr.	Diff. in %
– Staatssteuer nat. Personen ^{1/2}	632,8	613,0	-19,8	-3,1
– Staatssteuer jur. Personen ¹	155,0	116,7	-38,3	-24,7
– Finanzausgleichssteuer	14,8	11,3	-3,5	-23,7
– Bussen (Strafsteuer)	1,0	0,3	-0,7	-70,0
– Grundstückgewinnsteuer (netto)	6,3	8,9	+2,6	+41,3
Total	809,9	750,2	-59,7	-7,4

1 Inkl. Erträge aus Vorjahren

2 Inkl. die separat ausgewiesenen Grenzgängerbesteuerung, Quellensteuern, Kapitalabfindungssteuern, übrige Sondersteuern und Spitalsteuern aus Vorjahren; netto (Gesamterträge abzüglich Anteil des Bundes und der Gemeinden).

Der in die Staatsrechnung 2012 eingegangene Gesamtertrag der Staatssteuern liegt unter dem Voranschlag (-59,7 Mio. Franken oder -7,4 Prozent). Insbesondere bei den juristischen Personen wurden die budgetierten Werte nicht erreicht. Dies ist eine Folge der allgemeinen Wirtschaftslage.



Die folgende Übersicht zeigt die Erträge der Staatssteuern für die Jahre 2008 – 2012:

Staatssteuern (in Mio. Franken)	2008	2009	2010	2011	2012
– Staatssteuer nat. Personen ^{1/2}	607,0	615,7	624,2	634,3	613,0
– Staatssteuer jur. Personen ¹	133,5	161,0	149,1	115,6	116,7
– Finanzausgleichssteuer	13,6	14,2	14,3	11,9	11,3
– Bussen (Strafsteuer)	1,3	0,2	0,7	1,3	0,3
– Grundstückgewinnsteuer (netto)	7,5	5,9	6,4	9,5	8,9
Total	762,9	797,0	794,7	772,6	750,2

¹ Inkl. Erträge aus Vorjahren

² Inkl. die separat ausgewiesenen Grenzgängerbesteuerung, Quellensteuern, Kapitalabfindungssteuern, übrige Sondersteuern und Spitalsteuern aus Vorjahren; netto (Gesamterträge abzüglich Anteil des Bundes und der Gemeinden)

Im Vergleich zum Vorjahr ist eine Abnahme beim Ertrag der Staatssteuern um 22,4 Mio. Franken oder 2,9 Prozent festzustellen. Insbesondere der Rückgang bei den natürlichen Personen um 21,3 Mio. Franken oder 3,4 Prozent fällt auf. Er ist auf die Senkung des Steuerfusses von 104 Prozent auf 100 Prozent zurückzuführen.

4.2.1 Entwicklung Steuerausstand

Der Ausstand an Staatssteuern betrug per Ende 2012 rund 274,0 Mio. Franken. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus Ausständen von 35,0 Mio. Franken aus den Jahren 1995 – 2010, 102,7 Mio. Franken aus dem Jahr 2011 sowie 136,3 Mio. Franken aus dem Jahr 2012. Die Tendenz des Gesamtausstandes im Mehrjahresvergleich ist nach wie vor steigend.

Steuerausstand	1.1.2008	231'402'678 Fr.
Steuerausstand	1.1.2009	233'140'638 Fr.
Steuerausstand	1.1.2010	256'716'030 Fr.
Steuerausstand	1.1.2011	286'867'453 Fr.
Steuerausstand	1.1.2012	263'973'193 Fr.
Steuerausstand	31.12.2012	273'957'999 Fr.
Veränderung Steuerausstand per Ende 2012		+9'984'806 Fr.



4.3 Nebensteuern

Der Ertrag der Nebensteuern 2012 liegt um 3,3 Mio. Franken über dem Budget. Bei der Handänderungssteuer wurden aufgrund der im 2011 lancierten Erbschaftssteuerinitiative mit Rückwirkungsklausel 4,6 Mio. Franken mehr vereinnahmt als budgetiert.

Nebensteuern (in Mio. Franken)	VA 12	RE 12	Diff. in Fr.	Diff. in %
– Handänderungssteuer	25,5	30,1	+4,6	+17,9
– Erbschaftssteuer	14,0	12,7	-1,3	-9,3
– Nachlasssteuer	5,0	5,0	0	0
– Schenkungssteuer	0,8	0,8	0	0
Total	45,3	48,6	+3,3	+7,3

Die nachstehende Tabelle zeigt die seit 2008 ausgewiesenen Erträge der Nebensteuern:

Nebensteuern in Mio. Franken	2008	2009	2010	2011	2012
– Handänderungssteuer	33,8	35,1	32,0	25,9	30,1
– Erbschaftssteuer	11,5	13,7	14,0	13,4	12,7
– Nachlasssteuer	4,8	4,6	5,0	6,3	5,0
– Schenkungssteuer	0,6	0,6	1,8	0,7	0,8
Total	50,7	54,0	52,8	46,3	48,6

Der gesamte Ertrag der Nebensteuern liegt mit 48,6 Mio. Franken über dem Vorjahr. Die ausstehende Abstimmung über die Einführung einer Erbschaftssteuer auf Bundesebene scheint zu vermehrten Handänderungen geführt zu haben.





Bericht der
Revisionsstelle **IV**

Bericht der Revisionsstelle

Kantonale Finanzkontrolle

Bielstrasse 9 | Postfach 157
4502 Solothurn
Telefon 032 627 21 01
Telefax 032 627 28 60
www.finanzkontrolle.so.ch

IIIIII KANTON **solothurn**

Bericht der Revisionsstelle

**an den Kantonsrat des Kantons Solothurn
zum Geschäftsbericht 2012**

Bericht der Revisionsstelle zur Jahresrechnung 2012

Die Kantonale Finanzkontrolle hat gestützt auf § 72 Absatz 1 Buchstabe a des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV-Gesetz; BGS 115.1) die vom Finanzdepartement vorgelegte Jahresrechnung 2012, bestehend aus Bilanz, Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, Geldflussrechnung, Anhang, Spezialfinanzierungen, Legate und Stiftungen, Verpflichtungskreditkontrolle und Globalbudgets für das am 31. Dezember 2012 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft. Die im Geschäftsbericht separat aufgeführten Jahresrechnungen verschiedener staatlicher Institutionen werden anlässlich separater Revisionen geprüft.

Verantwortung des Regierungsrates

Der Regierungsrat ist für die Aufstellung der Jahresrechnung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften verantwortlich. Diese Verantwortung beinhaltet die Ausgestaltung, Implementierung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems mit Bezug auf die Aufstellung einer Jahresrechnung, die frei von wesentlichen falschen Angaben als Folge von Verstössen oder Irrtümern ist. Darüber hinaus ist der Regierungsrat für die Auswahl und die Anwendung sachgemässer Rechnungslegungsmethoden sowie die Vornahme angemessener Schätzungen verantwortlich.

Verantwortung der Revisionsstelle

Unsere Verantwortung ist es, aufgrund unserer Prüfung ein Prüfungsurteil über die Jahresrechnung abzugeben. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Schweizer Prüfungsstandards vorgenommen. Nach diesen Standards haben wir die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir hinreichende Sicherheit gewinnen, ob die Jahresrechnung frei von wesentlichen falschen Angaben ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen für die in der Jahresrechnung enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemässen Ermessen des Prüfers. Dies schliesst eine Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Angaben in der Jahresrechnung als Folge von Verstössen oder Irrtümern ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Prüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung der Jahresrechnung von Bedeutung ist, um die den Umständen entsprechenden Prüfungshandlungen festzulegen, nicht aber um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems abzugeben.





Die Prüfung umfasst zudem die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden, der Plausibilität der vorgenommenen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtdarstellung der Jahresrechnung. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise eine ausreichende und angemessene Grundlage für unser Prüfungsurteil bilden.

Prüfungsurteil

Nach unserer Beurteilung entspricht die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2012 abgeschlossene Rechnungsjahr den gesetzlichen Vorschriften.

Ferner weisen wir darauf hin, dass bei der Spezialfinanzierung Strassenbaufonds der Verlustvortrag nicht nach den gesetzlichen Vorschriften abgetragen werden kann (§ 43 Absatz 3 WoV-Gesetz, § 30 WoV-Verordnung). Der Grund liegt in der Realisierung der Gesamtverkehrsprojekte Solothurn und Olten, welche langfristig mit der im Jahr 2003 in Kraft getretenen und bis Ende 2022 befristeten Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer finanziert werden. Der Verlustvortrag, welcher erstmals 1999 entstanden ist, beträgt per 31. Dezember 2012 51 Mio. Franken.

Berichterstattung aufgrund weiterer gesetzlicher Vorschriften


Die Finanzkontrolle erfüllt die gesetzlichen Anforderungen an die Zulassung gemäss Revisionsaufsichtsgesetz und die Unabhängigkeit. Sie ist fachlich unabhängig, selbständig und in ihrer Revisionsstätigkeit nur Verfassung und Gesetz verpflichtet (§ 61 Absatz 3 WoV-Gesetz). Wir bestätigen, dass keine mit unserer Unabhängigkeit nicht vereinbaren Sachverhalte vorliegen.


In Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und dem Schweizer Prüfungsstandard 890 bestätigen wir, dass ein gemäss den Vorgaben des Regierungsrates ausgestaltetes internes Kontrollsystem für die Aufstellung der Jahresrechnung existiert.

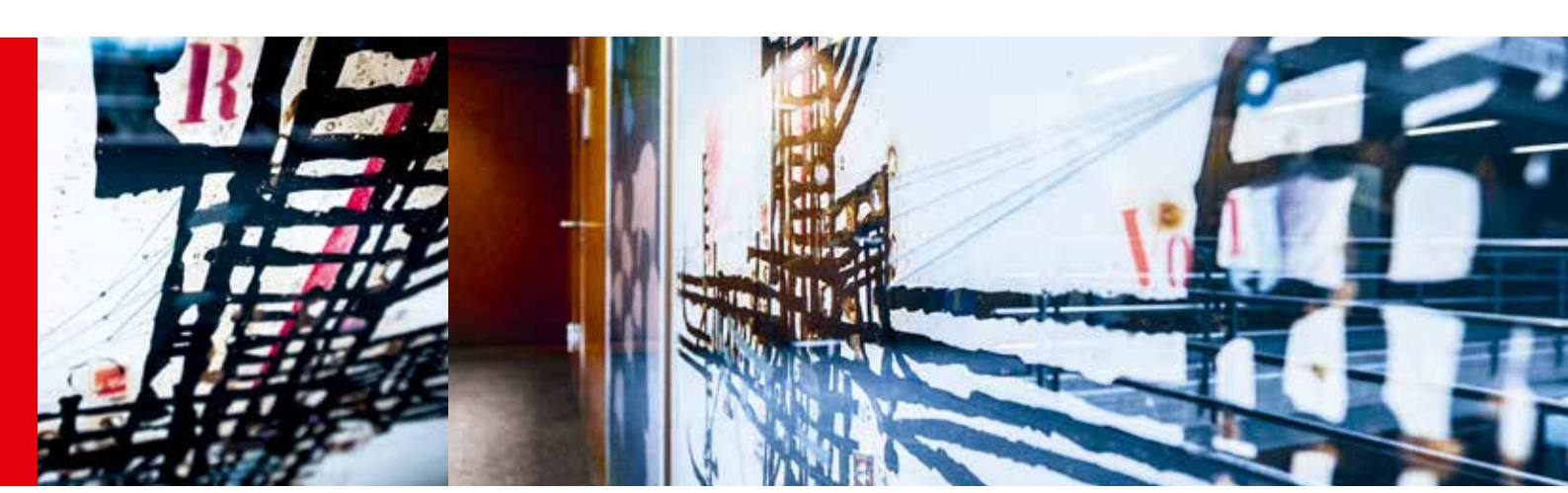
Ferner bestätigen wir, dass der Antrag über die Entnahme des Aufwandüberschusses aus dem Eigenkapital den gesetzlichen Vorschriften entspricht und empfehlen dem Regierungsrat und dem Kantonsrat, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Solothurn, 25. März 2013

Kantonale Finanzkontrolle


G. Rudolf von Rohr
Chefin
Zugelassene Revisionsexpertin


B. Eberhard
Leitender Revisor
Zugelassener Revisionsexperte



Kanton Solothurn

Amt für Finanzen

Barfüssergasse 24

4509 Solothurn

Telefon 032 627 20 96

Telefax 032 627 22 71

www.so.ch

afin@fd.so.ch

*Lichtkünstler: Gerry Hofstetter, Zürich
Fotos: Markus Daepfen, Solothurn*